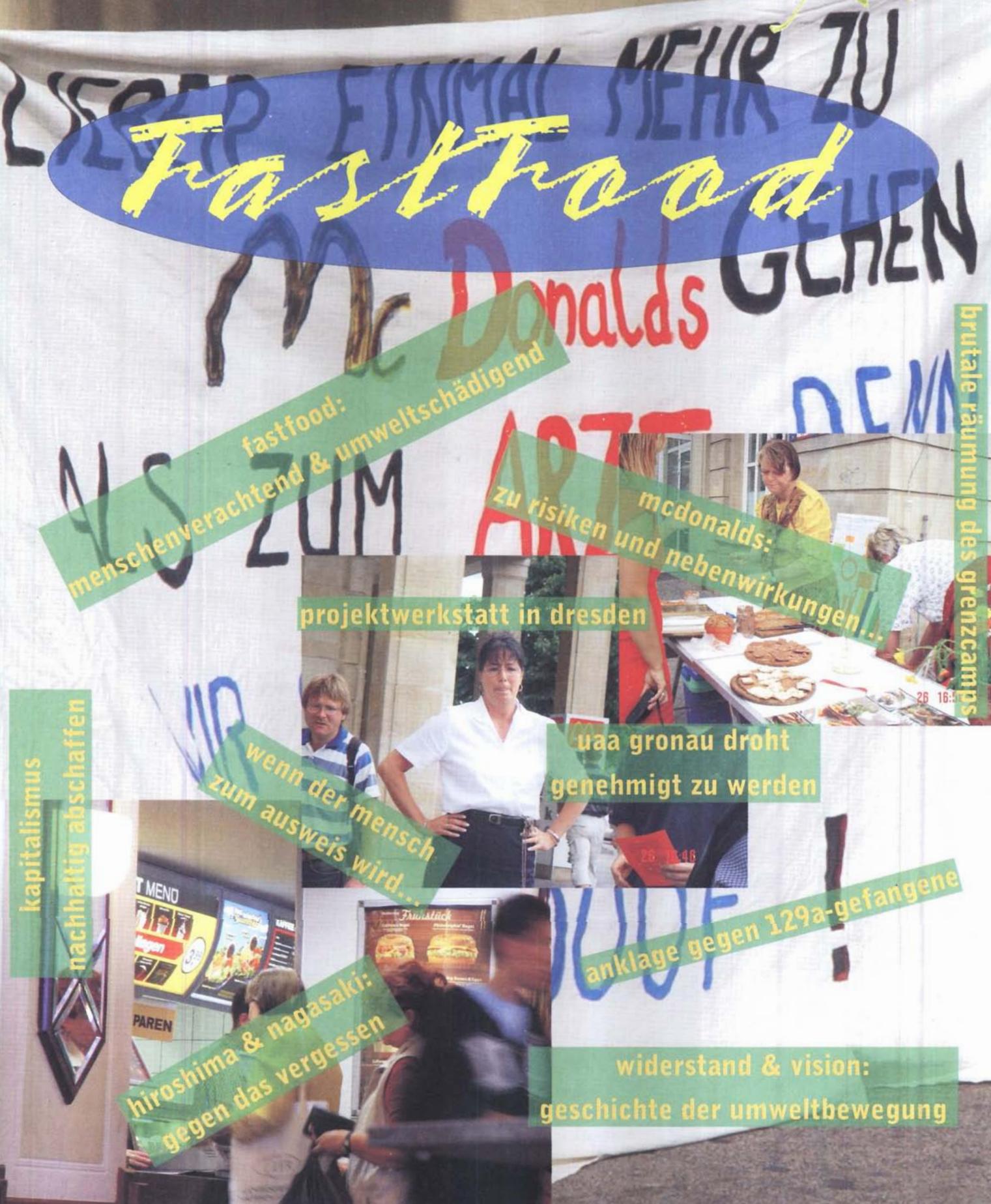


# grünes blatt



## Fastfood



fastfood:  
menschenverachtend & umweltschädigend

mcdonalds:  
zu risiken und nebenwirkungen...

projektwerkstatt in dresden

brutale räumung des grenzcamp

kapitalismus  
nachhaltig abschaffen

wenn der mensch  
zum ausweis wird...

uaa gronau droht  
genehmigt zu werden

anklage gegen 129a-gefangene

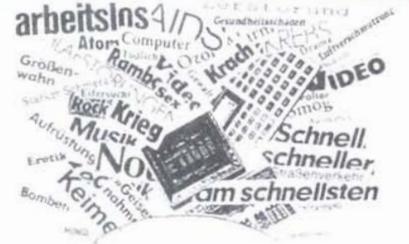
hiroshima & nagasaki:  
gegen das vergessen

widerstand & vision:  
geschichte der umweltbewegung



# Inhaltsverzeichnis:

McDonalds: zu Risiken und Nebenwirkungen...	Seite 3
FastFood: menschenverachtend und umweltschädlich	Seite 4
Brutale Räumung des Grenzcamps	Seite 6
Anklage gegen die Magdeburger 129a-Gefangenen	Seite 7
UAA Gronau droht genehmigt zu werden	Seite 8
JuLeiCa-Seminar der NAJU	Seite 8
Widerstand & Vision: Geschichte der Umweltbewegung	Seite 9
Der Umgang der DDR mit AtomkraftgegnerInnen	Seite 10
Hiroshima & Nagasaki: Gegen das Vergessen	Seite 12
Löwenzahn	Seite 12
Naturschutzkampagne 2003	Seite 13
Bericht aus Evian	Seite 14
Antiglobalisierung: Kapitalismus nachhaltig abschaffen	Seite 15
Wenn der Mensch zum Ausweis wird...	Seite 16
Termine, Veranstaltungen und Aktionen/Adressen	Seite 19
Projektwerkstatt in Dresden	Seite 20



## Der x-te Umzug

Nach nicht mal einem Jahr mussten die Greenkids nun wieder umziehen. Das Puppentheater, bei dem der Verein untergemietet hatte, sah sich nicht mehr in der Lage, die Alte Feuerwache Buckau zu halten und beendete deshalb seine eigene Nutzung. Damit mussten auch die Greenkids raus, da der Verein nicht allein ein ganzes Haus tragen konnte (die Stadt es aber auch nicht aus der Hand geben wollte).

Ab 1. September sind die Greenkids nun eine Straße weiter, in der Karl-Schmidt-Str. 4, zu finden.

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

## Impressum:

Herausgeber: ISSN 1612-2186

Greenkids Magdeburg e.V.  
Postfach 32 01 19  
39040 Magdeburg  
Tel.: 01 62/78 68 204  
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de  
www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:  
Karl-Schmidt-Str. 4  
39104 Magdeburg

Spendenkonto:  
Stadtsparkasse Magdeburg  
KNr.: 30 120 859  
BLZ: 810 532 72

### Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt  
NAJU Sachsen-Anhalt  
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

### Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Jonas Lähnemann (jol), Evelyn Mkrjan (evi), Katrin Risch (kr), Joris Spindler (jos), David Lähnemann (dal), Hartwig von Bach, Jean Sorgenacker (jes)

### Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Jonas Lähnemann

### Grafiken:

Greenkids-Archiv, Politisches Schnippelbilderbuch, Umweltschnippelbilderbuch, Gerhard Seyfried ("Wo soll das alles enden")

### Satz und Layout:

Falk Beyer, Joris Spindler, David Lähnemann

### Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

### Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Umweltamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluss war der 15. August 2003.  
Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.  
Nächste Ausgabe: 4-2003  
Redaktionsschluss: 14. November 2003

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,53 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf [www.gruenes-blatt.de](http://www.gruenes-blatt.de) gelesen werden.

### Die Trägervereine im Web:

[www.greenkids.de](http://www.greenkids.de)  
[www.naju-tsa.de](http://www.naju-tsa.de)  
[www.oezim.here.de](http://www.oezim.here.de)

### Sprachliche Konventionen:

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.



Mitglied bei

**fjp>media**  
Verband junger Medienmacher

[www.fjp-media.de](http://www.fjp-media.de)

# FastFood: menschenverachtend und umweltschädlich

## Was Sie schon immer über FastFood wissen wollten, aber nie wissen sollten...

### FastFood

jes Eigentlich ist „FastFood“ nur der englische Begriff für „schnelles Essen“. Schnelles Essen gilt bei Ernährungswissenschaftlern zwar nie als besonders gesund, man sollte sich immer Zeit zum Essen nehmen, aber es muss deshalb noch lange nicht besonders ungesund sein.

FastFood-Gerichte können vegan, fettarm, vitaminreich, ökologisch und sogar voller Ballaststoffe sein. Leider sind sie das meist nicht.

Im Gegenteil. Fast alle FastFood-Gerichte sind besonders fett, enthalten viel Fleisch, entstammen industrieller Produktion und enthalten fast gar keine Ballaststoffe oder natürliche Vitamine. Also enthalten sie genau das, was jeDeR nach Möglichkeiten meiden sollte.

### Problem Fleisch

Bei Fleischprodukten sind sich viele gar nicht bewusst, was alles für Probleme damit verbunden sind. Die meisten Fleischprodukte werden durch Massentierhaltung gewonnen, wo Tiere ohne natürliche Nahrung auf engstem Raum zu-

### Vegan essen & leben

Vegan leben heißt, eine Philosophie in die Praxis umzusetzen, die jede Ausbeutung von Tieren vermeiden will. Die vegane Philosophie ist revolutionär, denn sie bricht mit dem jahrtausendalten Anspruch des Menschen, die anderen Lebewesen auf diesem Planeten für alle seine Zwecke nutzen zu dürfen. Vegan denken und handeln geht weit über den Schutz von Tieren vor Missbrauch und Misshandlung hinaus. Es bedeutet, den Tieren ihre natürlichen Rechte zurückzugeben, sie aus der Tyrannei des Menschen zu befreien.

Das vegane Denken betrachtet Tiere als gleichwertig und gesteht ihnen uneingeschränkt die Grundrechte auf Leben, körperliche und psychische Unversehrtheit, Freiheit und Eigenwürde zu. Tiere haben ebenso wie Menschen Anspruch auf eine von ihren evolutionären Anlagen vorgegebene Existenz und auf die in diesem Rahmen mögliche freie Entfaltung und Selbstbestimmung, die der Mensch nicht manipulieren darf.

Aus: Silke Rutlien & Harald Kirbör: „Viva vegan, das rein vegetarische Kochbuch“; Ökapi-Verlag GbR, 1996; ISBN 3-930424-00-2

sammengepfercht werden, bis sie irgendwann, häufig noch nach quälend langen Transporten, geschlachtet werden. Aber auch bei ökologischer Tierhaltung bleiben Probleme. Nicht nur, dass auch dort die Tiere geschlachtet werden,

Tierhaltung verbraucht immer sehr viel Nahrung, die effektiver direkt an den Menschen gehen könnte, zum Beispiel um den Hunger in anderen Ländern zu bekämpfen. Etwa zwanzigmal mehr Menschen könnten von derselben Fläche leben, wie sie für die Gewinnung von Fleisch gebraucht wird. Die Gefahr durch BSE oder andere Krankheiten ist nur ein weiterer Grund auf Fleisch zu verzichten oder wenigstens den Fleischkonsum zu überdenken..

### Problem Umwelt

Fast immer bedeutet FastFood auch ein Problem für die Umwelt. So wird in vielen FastFood-Ketten sämtliches Essen in Einwegverpackungen vertrieben. Diese umschließen häufig noch jedes Produkt einzeln. Der Müllberg, der dabei anfällt, ist riesig. Die Firmenpolitik einiger großen Ketten, wie z.B. McDonalds, erlaubt noch nicht einmal das Essen auf Mehrweggeschirr. Wer dies nicht glaubt, sollte versuchen in einer McDonalds-Filiale das Essen auf mitgebrachtem Geschirr ausgehändigt zu bekommen. Eine unmögliche Mission.

Dass dabei ein Teil des Mülls recycelt wird, ist Augenwischerei. Auch recycelter Müll schadet der Umwelt viel mehr als dessen Vermeidung. Und es wäre wirklich nicht schwer auf Mehrweggeschirr umzusteigen.

### Problem McDonalds

Natürlich treten viele Probleme, die bei McDonalds zu finden sind, auch bei anderen FastFood-Restaurants auf. Aber McDonalds nimmt sogar bei den FastFood-Konzernen die negative Spitzenposition ein. Obwohl in manchen deutschen Filialen nun sogar Ökomilch zu bekommen ist, und ein paar Filialen von McDonalds mit Ökostrom betrieben werden oder die meisten Arbeitnehmer angeblich begeistert sind über den Arbeitgeber McDonalds, lohnt sich ein Blick hinter diese Kulisse.

McDonalds versucht durch viel Werbung gezielt Kinder dazu zu bewegen, in ihren Filialen essen zu wollen. McDonalds nutzt dabei die Beeinflussbarkeit der Kinder und hofft, dass die Eltern irgendwann nachgeben. Auf der anderen Seite wird McDonalds vorgeworfen, dass in vielen Ländern Kinder in den Herstellungsbetrieben und Filialen arbeiten. Und auch McDonalds hat mittlerweile zugeben müssen,

dass sie damit „Probleme“ hatten. Solange aber Menschen bereit sind für 0,06 die Stunde zu arbeiten, scheint es kein wirkliches Problem für den Konzern zu sein, wer unter welchen Arbeitsbedingungen arbeitet.

Auch in Deutschland sind die Arbeitsbedingungen für McDonalds-Mitarbeiter schwierig. So existieren bei etwa 1100 McDonalds-Filialen in Deutschland nur etwa 50 Betriebsräte. Eine trauriger Negativ-Rekord. Das erklärt vielleicht auch, warum mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer bei McDonalds in Deutschland weniger als 5 Jahre dort arbeiten und nur 30% es zehn oder mehr Jahre dort aushalten. Ein Job fürs Leben scheint bei McDonalds schwer zu finden zu sein.

Kontrolliert wird der McDonalds-Konzern durch ein zentralistisches System. Dabei wird mittlerweile immer mehr mit Franchisenehmern gearbeitet. Durch dieses System trägt die volle Verantwortung für einen etwaigen Verlust der jeweilige Filialeiter. Dieser muss jedoch bei McDonalds die Produkte kaufen und Lizenzgebühren zahlen. Auf diese Weise kann der Konzern durch eine solche Filiale keinen Verlust machen und der Druck auf die Angestellten geht direkt vom Filialeiter aus. Trotzdem behält der Konzern die Kontrolle. So verlangt die Firmenzentrale sogar, dass die Fragen im Falle eines Interviews mit einem beliebigen Angestellten oder Gast, in jeder Filiale erst durch den Konzern genehmigt werden müssen. Das ermöglicht McDonalds Gewinne und Kontrolle ohne jede Verantwortung.

### Fazit

JedeR muss selbst wissen wann er/sie was isst. Aber jedeR sollte auch wissen, was sein Essverhalten für unsere Welt und andere Menschen bedeutet. Und wenn jemand wirklich Hunger und keine Zeit hat: Auch ein Stück Öko-Apfel für die Hand kann FastFood sein und schadet weder den Essenden noch anderen Menschen oder unserer Umwelt. ■

### Literatur auch über McDonalds

Schwarzbuch Kapitalismus. Die Machenschaften der Weltkonzerne. ISBN 3-216-30592-9; 19,90; Deuticke Verlag, Wien 2000/2001

**Ich abonniere ab sofort das „grüne blatt“ für ein Jahr!**

Bitte schickt mir jeweils  ein Exemplar (4,-EUR/Jahr)  10 Exemplare (10,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name \_\_\_\_\_ Anschrift \_\_\_\_\_

# grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

**Ich  
will  
Abo  
!!!**

# McDONALDS: Zu Risiken und Nebenwirkungen ...

fb Gemeinsam machten AktivistInnen von Greenkids, ÖZIM und aus anderen Zusammenhängen im Sommer auf die menschenverachtende und umweltzerstörende Politik des McDonalds-Konzerns



aufmerksam. Während einige Leute ökologisches Essen - vorwiegend vegan, zum Teil vegetarisch - den vorbeikommenden Menschen anboten, versuchten andere in der McDonalds-Filiale Ernst-Reuter-Allee/Breiter Weg Diskussionen zu entfachen. Mittels verdeckten Theaters sollten die Gemüter erregt und so inhaltliche Argumentationen ausgetauscht werden.

Die Aktion vor der Filiale traf auf viel Zuspruch. Sogar ältere Damen, die sich sonst kaum an einen Infostand wagen, saßen zwischen jungen Leuten und probier-

## Vegane Grundrezepte

Die Frage kommt so sicher wie das Amen in der Kirche: Nach den geduldig wieder und wieder vorgetragenen Definitionen von "vegan" folgt zwingend und mit erstaunt-missbilligendem Augenaufschlag "aber was isst du dann?"

Vegetarischer und vor allem veganer Ernährung haftet nicht unbedingt der Ruf von üppigem, wohlschmeckendem und vor allem vielfältigem Essen an: ein paar Erbschen, ein paar vertrocknete Möhren und da, wo früher das Fleisch lag, ein großer, leerer Platz. Und wenn dann das noch nicht einmal wenigstens mit gebackenem Camembert oder Kräuterquark ergänzt werden kann...

Die vegane Küche bietet eine Vielzahl von Nahrungsmitteln an, die in der herkömmlichen Küche gar nicht bekannt sind. Einige wollen wir vorstellen und beschreiben, wie sie zubereitet werden. Gleichzeitig wollen wir Tipps geben, wie etwa Kuchen auch ohne Eier locker werden, wie die Pizza auch ohne Käse saftig und würzig wird, wie der Eintopf auch ohne Leichenteile "Biss" bekommt.

Aus: "viva vegan" (siehe Kasten S. 3). Einige Rezepte stellen wir hier vor, hunderte weitere findet ihr im Buch.



ten das Essen. Verschiedene selbstgemachte vegane Aufstriche, Teigrollen und ein vegetarischer Eintopf wurden angeboten. Flugblätter, die über die Auswirkungen von FastFood - z.B. Müllproblematik, Ausbeutung von Kindern und ArbeiterInnen - informierten, wurden verteilt, Transparente aufgehängt und viele Leute angesprochen.

Zwischenzeitlich drohten einige "hohe Tiere" aus der Filiale mit der Polizei: sie verlangten, dass der McDonalds-Schriftzug, der auf einem der Transparente stand, entfernt werden müsste. Nachdem AktivistInnen immer wieder klar machten, dass das Transparent auf keinen Fall entfernt würde, holte McDoof die Polizei. Diese schaute daraufhin kurz vorbei, sagte aber nichts und zog wieder ab.



Leider fehlte es zum Ende der Aktion hin an einer inhaltlichen Vermittlung. Da saßen dann alle an den Tischen und aßen, Transparente waren kaum zu sehen, Flugblätter gab es nicht mehr zu verteilen. Hier fehlte es den AktivistInnen etwas an Mitdenken und Eigeninitiative. Denn die PassantInnen konnten von diesem Zeitpunkt an nur noch ein paar Leute mit mitgebrachtem Essen vor McDonalds sitzen sehen ...

Das verdeckte Theater ging völlig schief. Es war vorher nicht durchprobiert worden. Absprachen gab es nur wenige. Als

Problem erwies sich z.B. die schlechte Akustik in der Filiale. Wenn am Anfang der Reihe am McDonalds-Schalter jemand etwas sagte, hörten es die hinteren Leute nicht mehr. Außerdem war kaum Kundschaft da; nur wenige hätten etwas

## Bindemittel/ Eiersatz

Eier werden in der herkömmlichen Küche zu meist nur als Bindemittel für Bratlinge und Klöße und als Lockerungsmittel für Kuchen und Plätzchen verwendet. Die vegane Küche kennt da einige Tricks, wie sich Eier ersetzen lassen.

Besonders gut funktioniert folgendes Rezept: 2-3 gehäufte Teelöffel Leinsamen mit 30-40ml heißem Wasser vermischen und 2 Minuten zu einer zähflüssigen Masse mixen. Dies entspricht der Bindewirkung von einem Ei. Sojamehl und fein geraspelte Kartoffeln binden auch gut. Ein Esslöffel Sojamehl entspricht etwa einem Ei. Nur darf hier nicht zuviel Sojamehl verwendet werden, da der Geschmack zu intensiv ist. Mittlerweile gibt es in Reformhäusern sogar veganen Eiersatz.

Aus: "viva vegan" (siehe Kasten S. 3).

von der Diskussion mitbekommen. Es gab also einige ungünstige Faktoren, aber manches hätte besser vorbereitet werden können.

Eigentlich wollten zwei Leute ihren Salat auf mitgebrachtem Geschirr verlangen. So sollte zunächst die Müllproblematik bei McDonalds thematisiert werden. Da es eine McDoof-interne Anweisung gibt, kein Essen auf fremdem Geschirr auszugeben, war von vornherein klar, dass diesem Wunsch nicht nachgegeben werden konnte. Über das entstehende Ärgernis - Stau am Schalter - sollte ein Erregungskorridor geschaffen wer-

## Hefeschmelz

1 Tasse Speisehefeflocken, 1/3 Tasse Mehl, 1 1/2 Tassen Wasser, 1/4- 1/2 Tasse Margarine, 1/2 Teelöffel Knoblauchpulver, 2 Teelöffel Senf

Die trockenen Zutaten in einer Pfanne vermischen und nach und nach unter Rühren das Wasser zugeben und zu einer weichen Creme verrühren. Die Pfanne auf den Herd stellen und solange rühren, bis die Sauce eindickt und Blasen wirft. 30 Sekunden kochen lassen und vom Herd nehmen. Die Margarine und den Senf unterquirlen.

Wer eine dickere Sauce, die gut zu Pizza passt, haben möchte, ersetzt das Mehl durch 3 Esslöffel Maisstärke und 1 Esslöffel Mehl, die Margarine durch eine halbe Tasse Öl und gibt eine Tasse mehr Wasser dazu.

Hefeschmelz gibt Gerichten den typischen „Käsegeschmack“ und eignet sich gut für Überbackenes.

Aus: "viva vegan" (siehe Kasten S. 3).



setzung zu hitzig oder zu lahm wäre, hätten sie diese entspannt oder angeheizt. Aber dieses Experiment konnte leider nicht realisiert werden.

Es gab dann noch die spontane Idee, dass einzelne Leute - draußen standen über 20 Personen - nacheinander in die Filiale gehen und veganes oder unter sozialen Mindestanforderungen hergestelltes Essen verlangen. Das hätte viele Einzeldiskussionen und

den, in den dann inhaltliche Argumente eingebracht werden können. Mehrere Leute waren in unterschiedliche Rollen (und Klamotten) geschlüpft, um dann aus dem verborgenen die Diskussion anzutreiben. Je nachdem, ob die Auseinander-

#### Sojamilch

Sojamilch wird in der veganen Küche anstatt Kuhmilch verwendet. Sie schmeckt etwas dünner als diese, schmeckt leicht rauchig und ihr Geschmack liegt nicht allen. Beim Backen und beim Verfeinern von Soßen ist der Unterschied jedoch nicht zu merken und ein Sojamilchshake aus Früchten und Ahornsirup schmeckt einfach köstlich. Sojamilch gibt es in Reformhäusern, Bioläden und sogar in manchen Großmärkten. Es ist aber auch nicht schwer, sie selbst herzustellen:

Dazu werden 2 ½ Tassen Sojabohnen in etwa 5 Tassen Wasser über Nacht im Kühlschrank eingeweicht (8-10 Stunden). Danach eine Tasse der aufgeweichten Bohnen mit 2 ½ Tassen heißem Wasser durch den Mixer zu einem feinen Brei vermischen. Anschließend mit 13 Tassen kochendem Wasser in einen Topf geben. Bei mittlerer Hitze aufkochen lassen und weitere 20 Minuten köcheln lassen. Dabei umrühren, dass nichts anbrennt oder überkocht. Anschließend ein Sieb mit einem dünnen Baumwolltuch auslegen und über einen großen Topf hängen. Die Sojamilch durch das Sieb gießen. Anschließend die restliche Flüssigkeit aus dem verbleibenden Pulp im Tuch auspressen.

Aus: "viva vegan" (siehe Kasten S. 3).

*Einmal Müllberg  
mit Mist und Druck  
oder nur mit Mist?*



Generve verursacht. Dagegen machen hätte McDoof auch nichts können, denn niemand hätte vorhersagen können, wer AktivistIn und wer "echte KundIn" ist.

Trotzdem war es eine gute und motivierende Aktion - es gibt aber noch viel, was bei einer späteren Aktion verbessert werden könnte. ■

**TOPTHEMA  
IM NEUEN  
HEFT**

# GENTEC

**Medizin-Offensive  
von BAYER.**

## STICHWORT BAYER

**Widerstand gegen**

**Konzernmacht. Konkret,  
spannend, international.**

**Fon 02 11 - 33 39 11  
Fax 02 11 - 33 39 40  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
www.CBGnetwork.org**

**KOSTENLOSES PROBEHEFT  
BESTELLEN, JETZT...**

#### Sojacreme / Tofucreme

Sie ist dem Geschmack von Schlagsahne nachempfunden und passt gut zu Kuchen. Dazu eine Tasse zerkrümelten Tofu, 4 Esslöffel Öl, 1/4 Tasse Rohrzucker, einen Teelöffel Vanille, 1/8 Teelöffel Salz, 1/2 Teelöffel Zitronensaft (nach Wunsch) und - bei Bedarf - zwei Esslöffel Sojamilch in der angegebenen Reihenfolge in der Rührmaschine verrühren und anschließend soviel Sojamilch zugeben wie nötig ist, um eine dicke Creme zu erhalten.

Aus: "viva vegan" (siehe Kasten S. 3).

## INFOLADEN-MD

Vernetzung von Menschen und Gruppen Magdeburgs mit emanzipatorischem Anspruch

- Vernetzungstreffen: jeden 3. Dienstag im geraden Monat 17<sup>00</sup> Uhr im eine Welt-Haus
- Mailinglisten: allgemeines: [infoladen-md-subscribe@yahoogroups.de](mailto:infoladen-md-subscribe@yahoogroups.de)  
Termine: <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/termine-md>
- Internetseite zur Vernetzung: <http://magdeburg.gruenes-blatt.de>

# Anklage gegen §129a-Gefangene

Generalbundesanwaltschaft:

Anklage gegen mutmaßliche Mitglieder einer linksextremistischen Vereinigung in Magdeburg erhoben

[15.08.2003 - 11:22 Uhr]

Karlsruhe (ots) - Nr. 26

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat mit Anklageschrift vom 23. Juli 2003 vor dem 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Naumburg gegen die in Magdeburg wohnhaften, deutschen Staatsangehörigen Marco H. (24 Jahre alt), Daniel W. (22 Jahre alt) und Carsten Sch. (23 Jahre alt) Anklage wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten erhoben. Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, als Mitglieder der unter der Bezeichnung "kommando, freilassung aller politischen gefangenen" in Magdeburg operierenden terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) vier Brandanschläge begangen zu haben. Der Angeschuldigte Marco H. steht in dem dringenden Verdacht, Rädelsführer der terroristischen Vereinigung zu sein.

In der inzwischen zugestellten Anklageschrift ist im Wesentlichen folgender Sachverhalt dargelegt:

Spätestens Anfang August 2001 gründeten die Angeschuldigten in Magdeburg eine linksextremistische Vereinigung, die unter wechselnden Bezeichnungen, als "revolutinäre aktion carlo giuliani", "kommando globaler widerstand" und "kommando, freilassung aller politischer gefangenen" auftrat. Sie hatte ihren Ursprung in der seit Anfang 2000 in Magdeburg bestehenden linksgerichteten Gruppierung "Autonomer Zusammenschluss (AZ)". Die Vereinigungsmitglieder verstanden sich als "teil der neuen revolutionären bewegung" und verfolgten das Ziel, "militante politik in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern", um damit letztlich - im Zusammenwirken mit anderen militanten Gruppierungen - einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen. Hierzu hielten sie Brandanschläge auf polizeiliche Einrichtungen für erforderlich und legitim.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verübten die Angeschuldigten und weitere Mitglieder der terroristischen Vereinigung Brandstiftungsdelikte in Magdeburg: Am 21. August 2001 gegen zwei Neuwagen einer Daimler - Chrysler Niederlassung (Gesamtschaden 150 000 Euro), am 17./18. Februar 2002 gegen zwei Fahrzeuge der Deutschen Telekom AG (Gesamtschaden 30 000 Euro), am 18. März 2002 gegen das Gebäude des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt (geringer Sachschaden) und am gleichen Tag etwa zeitgleich gegen ein Dienstfahrzeug des Bundesgrenzschutzes Magdeburg. Die beiden letzten Taten gelangten über das Versuchsstadium nicht hinaus. Die Mitglieder der terroristischen Vereinigung bekannten sich jeweils in Selbstbeziehungsschreiben zu den Taten.

Die Vereinigung löste sich Ende Mai 2002 auf. Die Angeschuldigten Marco H. und Daniel W. befinden sich seit dem 28. November 2002 und der Angeschuldigte Carsten Sch. seit dem 17. April 2003 in Untersuchungshaft (siehe Pressemitteilungen des Generalbundesanwalts vom 29.11.2002 und 17.04.2003 unter [www.generalbundesanwalt.de/Aktuelles/Pressemitteilungen](http://www.generalbundesanwalt.de/Aktuelles/Pressemitteilungen) 2002 und 2003).

ots-Originaltext: Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA)

Digitale Pressemappe: [http://www.polizeipresse.de/p\\_story.htm?firmid=14981](http://www.polizeipresse.de/p_story.htm?firmid=14981)

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

(GBA-Pressestelle: Frauke-Katrin Scheuten, OStA in b. BGH)

## www.Termine-Online.NET

### Portalseite für Veranstaltungen, Seminare, Aktionen, etc.

- Termine selbst eintragen
- individuelle Terminseiten einrichten und auf die eigene WebSite abstimmen

# Brutale Räumung des antirassistischen Grenzcamp in Köln durch die Polizei

Am Samstag, den 9. August wurde das seit dem 31. Juli in Köln stattfindende 6. Antirassistische Grenzcamp in einem brutalen Polizeieinsatz geräumt.

Gegen 11.00 Uhr umstellten mehrere Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern und Räumpanzern das Gelände, auf dem sich zu diesem Zeitpunkt über 300 Menschen befanden. Durch mehrfachen Einsatz von flüchtigem Reizgas wurden mindestens 30, durch Schlagstockeinsätze weitere 20

AntirassistInnen verletzt. Bei Temperaturen um 40°C und obwohl bekannt war, dass sich zahlreiche Kinder im Camp befanden, stellte die Polizei zeitweise das Wasser ab, bis die SanitärInnen unter Verweis auf die Verletzten mit Anzeigen wegen unterlassener Hilfeleistung drohten. Die Telefon- und Internetverbindungen wurden ebenfalls gekappt, um die Kommunikation mit der Außenwelt zu erschweren.

Ab dem frühen Abend wurden die Einkesselten einzeln abgeführt, einer erkenntnisdienlichen Behandlung (einschließlich Videoaufnahmen) unterzogen und für mehrere Stunden in Gewahrsam genommen. Die letzten Festgenommenen wurden erst am frühen Sonntag Morgen wieder freigelassen.

Auf dem Camp, das bis spätestens 12.00 Uhr 'besenrein' hinterlassen werden musste, hatte die Polizei bei der nächtlichen

Suche nach weiteren noch nicht erfassten Personen zahlreiche Zelte verwüstet; mehrere auf dem Gelände abgestellt



te Fahrzeuge waren aufgebrochen und durchsucht worden.

Hatte die Polizeiführung zunächst die vorübergehende Entwendung einer Polizeikamera als Vorwand für die Räumung angeführt, wurde das Camp bei der Pressekonferenz am Samstag Nachmittag als internationales Netzwerk gewalttätiger Linksradikele bezeichnet. Als Begründung für die Polizeiübergriffe am Samstag diente zudem die Behauptung, 70% der CampteilnehmerInnen seien StraftäterInnen.

Das Antirassistische Grenzcamp, das in diesem Jahr nahezu 1000 AktivistInnen aus ganz Europa angezogen hatte und von einem Auftaktforum mit Vorträgen und Diskussionen eingeleitet worden war, wurde von zahlreichen Aktionen begleitet, die alltäglichen Rassismus und staatliche Repression gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen thematisierten.

Schon in den Tagen vor der Räumung war die zehntägige Veranstaltung Ziel unverhältnismäßiger Polizeieinsätze. So kam es nicht nur zu zahlreichen polizeilichen Übergriffen und Festnahmen bei antirassistischen Kundgebungen und Aktionen; vielmehr sorgten ständige Fahrzeugpatrouillen mit Kameras und über dem Gelände kreisende Hubschrauber für eine lückenlose Überwachung der Vorgänge auf dem Camp.

Das durchweg von Provokationen geprägte Vorgehen der Polizei, das in der brutalen Räumung am Samstag seinen Höhepunkt fand, zielte auf die Kriminalisierung sämtlicher CampteilnehmerInnen und der antirassistischen Bewegung an sich ab. Hierfür spricht auch die Einleitung von insgesamt 84 Ermittlungsverfahren. Zudem ging es neben dem Versuch der Einschüchterung um die möglichst vollständige Erfassung der persönlichen und biometrischen Daten der anwesenden AktivistInnen.

Für die Einstellung aller Verfahren gegen Protestierende!

Für die Vernichtung aller angefallenen ED-Daten!

Kampf der staatlichen Repression!

Presseerklärung der Roten Hilfe e.V. Göttingen, 13.08.2003.

## ZEITUNGEN IM ÖKOARCHIV

neben vielen Einzelheften enthält das Ökoarchiv regelmäßig erscheinende Zeitungen von umweltorientierten Blättern. das sind u.a. die folgenden:

- Natur
- Greenpeace Magazin
- Robin Wood Magazin
- Regenwald Report
- Öko-Test
- Strahlentelex
- Anti Atom Aktuell
- Der Rabe Ralf
- und viele andere ...

das Ökoarchiv ist eine Kooperation zwischen Greenkids und Blaue Welt Archiv (BWA).

ihr findet es in der Thiemstr. 13 und könnt es im Rahmen der Öffnungszeiten des BWA (mittwochs 17-19<sup>00</sup>) oder nach Absprache mit den Greenkids (01 62-78 68 204) nutzen.



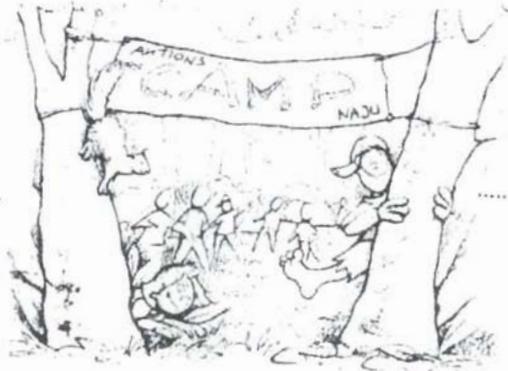
VERDÄCHTIGE GEGENSTÄNDE

# Wir trafen uns an einem Sonntag, zusammen unter einen Baum...

Erstmals gab es die Möglichkeit über die NAJU (Naturschutzjugend Sachsen-Anhalt) eine Gruppenleiterausbildung mit Erhalt der Juleica (Jugendleitercard) zu machen. Diese Ausbildung fand in Gommern statt. Die NAJU lud alle ehrenamtlich tätigen Jugendlichen dazu ein, um gemeinsam diese Woche, die vom 10.-15. August war, zu erleben und zu gestalten. Des Weiteren war es auch ihre Absicht, Erfahrungen weiter zu geben, Wissen auf "spielerische" Art zu vermitteln und mehr Interesse an der Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche zu wecken, damit die jungen Menschen wieder ein Angebot für ihre Freizeitgestaltung haben. Um Ihnen einen Einblick in den Ablauf zu geben, nennen wir ein Zitat eines Teilnehmers.

"Also, da traf ich mich nun am Sonntag mit anderen Jugendlichen und wartete gespannt darauf, was so alles auf mich zukommen

würde, als zukünftiger Jugendleiter. Die Leiter Daniela Bethge und Hartwig von Bach ließen uns auch nicht lange warten und tauchten auf spielerische Weise in die Welt einer Gruppe



und eines Gruppenleiters ein. Eine der ersten Hürden, die auch später in

unseren Gruppen auftreten können, hatten die Vegetarier und Veganer zu nehmen, als es um die Planung des Essenplanes für die nächsten Tage ging. Auch musste ich mich der Herausforderung stellen, eine Idee für eine Kinder- und Jugendreise zu finden und diese durchzuplanen. In den folgenden Seminartagen wurde über wichtige Rechts- und Versicherungsfragen informiert, die für eine Gruppenleitung sehr wichtig sind. Außerdem haben wir viele spaßbringende Spiele kennengelernt, die auch Heranwachsende dazu veranlassen miteinander in Kontakt zu treten oder auch mit Freunden viele lustige Stunden versprechen. Glücklicherweise ist an unserem Erlebnistag niemand mit unseren selbstgebasteten Grasbooten untergegangen, auch wenn diese zunächst mit höchst skeptischen Blicken betrachtet wurden. Mir hat diese Woche sehr viel Wissen, Spaß und Spannung gebracht und daher kann ich es nur jedem empfehlen."

Sandra und Mareike

## In NRW soll das bundesweit einzige Uranoxidlager gebaut werden - Bürgerinitiativen kündigen nach Erörterungsende weitere Proteste an

In Nordrhein-Westfalen soll das bundesweit einzige Lager für Uranoxid neben der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau gebaut werden. Dies wurde heute am vierten Tag des Erörterungstermins zum Ausbau der Gronauer Atomfabrik bekannt. Bisher war nur bekannt, dass zwar ein derartiges Lager für den Standort vorgesehen ist, nicht bekannt war jedoch, dass das Lager einzigartig in der Bundesrepublik sein soll. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hat in einer Pressemitteilung betont, dass das vorgesehene Uranzwischenlager in Gronau das völlig desolate Atommüll-Entsorgungskonzept der Bundesregierung widerspiegelt: Obwohl weit und breit kein Endlager in Sicht ist, läßt die Bundesrepublik weiterhin die Atommüllproduktion zu.



Zwischenzeitlich wurde heute Mittag der Erörterungstermin zum UAA-Ausbau beendet. Am vierten und letzten Erörterungstag standen besonders Fragen des Strahlenschutzes und der Atommüll-Entsorgung auf der Tagesordnung. Dabei stellten besonders anwesende Ahauser Bürger Fragen, da sich in Ahaus ein Castor-Atommülllager befindet, dessen Entsorgung auch völlig ungelöst ist.

In einem abschließenden Fazit erklärte BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz im Namen mehrerer Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen, dass seitens der Einwen-

derInnen generell der Ausbau der Gronauer Atomfabrik grundsätzlich abgelehnt wird. Darüber hinaus wird die Stilllegung der bereits laufenden Anlage gefordert. Buchholz forderte am Ende der Erörterung, dass sich neben der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem NRW-Energieministerium, auch das NRW-Umweltministerium intensiv mit dem UAA-Genehmigungsverfahren befassen soll. So soll

Bärbel Höhns Ministerium z.B. prüfen, ob der Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung ausreichend abgesteckt wurde. Außerdem soll das Umweltministerium dafür Sorge tragen, dass auch die Urantransporte Gegenstand des Genehmigungsverfahrens werden. Buchholz forderte zudem, dass sich letztlich auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin mit diesen Fragestellungen befassen soll. Insgesamt bilanzierte Buchholz, dass der Erörterungstermin, der 30 km entfernt von Gronau durchgeführt wurde, eine Farce war und dass das Ergebnis, der Genehmigungsbescheid, vermutlich bereits in den Schubladen

der Genehmigungsbehörde liegt. Als Indiz hierfür wertet der BBU auch die in der FR vom 10.07.03 nachzulesende skandalöse Bezeichnung der UAA als "Chemieanlage" durch die Landesregierung NRW. Dennoch ist Buchholz davon überzeugt, dass durch die Einbringung zahlreicher Argumente im Verlauf des Erörterungstermins gegen den UAA-Betrieb und UAA-Ausbau, der möglichen Genehmigung vielfältige Steine in den Weg gelegt wurden.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., seine Mitgliedsorganisation "Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau" und andere Bürgerinitiativen und Verbände werden sich in den nächsten Wochen und Monaten darum bemühen, den politischen Druck auf die rot-grünen Regierungen in Düsseldorf und Berlin zu verstärken, um die UAA-Ausbaupläne und das bundesweit einzige Uranoxidlager doch noch zu verhindern. Zu diesem Zweck werden weitere Protestaktionen geplant.

**Nähere Informationen erteilen die Bürgerinitiativen unter Tel.: 02582 / 4171 (AKU Gronau) und unter Tel.: 02562 / 23125 (BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz).**

**Unterstützung an:**  
 AKU Gronau, Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Konto: 110 551 700, Stichwort: UAA

**Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e. V., Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Konto: 143 196 100, Stichwort: UAA**

# Widerstand & Vision: Geschichte der Umweltbewegung

(eine Fortsetzungs-Geschichte)

In der letzten Ausgabe wurde die Entstehung des BUND skizziert. An dieser Stelle schließen wir hier wieder an.

Der Aufbau der GRÜNEN schritt nicht so stark „von oben nach unten“ voran, wie es beim BUND geschah. Stattdessen fanden sich viele ehemalige BI- und Anti-AKW-KämpferInnen aus eigenem Antrieb zu grünen Ortsverbänden zusammen.

Über lange Zeit gab es keine einheitlichen Positionen, oft nicht einmal einen einheitlichen Namen der verschiedenen Ortsgruppen, Kreis-, Landesebene und dem Bundesverband. Nichtsdestotrotz kam es in beiden Organisationen zu Etablierungs- und Disziplinierungsprozessen.

Nicht der Beitritt als Gruppe oder Einzelperson zum BUND oder zu den GRÜNEN war der entscheidende Schritt dazu, obwohl auch damit schon die Existenz hierarchischer Organisationsmodelle anerkannt und gestärkt wurde, sondern der dann einsetzende Prozess, der folgende Einzelpunkte umfasste:

- **Bedürfnis einer einheitlichen Meinung** in der Hoffnung, dass eine geeinte Stimme vieler mehr Gewicht in der politischen Debatte erhalten würde. **Notwendigkeit der Unterdrückung von Minderheitenpositionen** wegen des Auftretens aller unter gleichem Namen.
- **Ständige Abwägung** zwischen fundamentalistischen und in der Regel sachlich besser begründeten Positionen oder der Akzeptanz von Teillösungen aus Angst, sonst gar nichts zu erreichen.
- **Vermehrter Eintritt** von Parteimitgliedern, KarrieristInnen und Wirtschaftsleuten in die Umweltverbände und Parteien als Folge des zunehmenden gesellschaftlichen Stellenwertes der Wahlerfolge.
- **Sorge um die neu geschaffenen, oftmals vom Staat finanzierten Arbeitsplätze** bei den sie innehabenden Hauptamtlichen, die gleichzeitig innerhalb der Verbandsorganisation durch die zentralen Steuerungsvorgänge eine erhebliche Macht besitzen.
- **Zunehmende Möglichkeiten** für eine persönliche Karriere mit der Folge, dass es vermehrt zu Kampfabstimmungen und Delegiertenprinzip kommt, d.h. gleichberechtigte Arbeitsformen (Kollektiv, Konsens, Rotationsprinzip) wegfallen.

- **Streben nach kurzfristigen Erfolgen** und ständige Schönung der eigenen Erfolgsbilanzen, um in der herrschenden Medienwelt bestehen zu können.
- **Anpassung an staatliche Vorgaben** für Arbeitsinhalte und -strukturen, um an den vermeintlichen Vorteilen (Zuschüsse, Beteiligungsrechte, Informationsflüsse, Mitarbeit in Gremien usw.) teilhaben zu können.

Diese und weitere Punkte führten in allen Umweltgruppen, vor allem aber beim BUND und bei den GRÜNEN, zu ständigen Kämpfen zwischen denen, die Erfolgsmöglichkeiten in der maximalen Ausschöpfung der Mitwirkungsmöglichkeiten im System bei gleichzeitiger und dafür notwendiger Aufgabe inhaltlicher Positionen sahen, und denen, die Umweltschutzgruppen als Hort klarer Positionen und Forderungen erhalten wollten, weil sie fürchteten, dass sonst niemand mehr da wäre, der umfassend für Umweltschutzziele eintritt.

Die BefürworterInnen einer Nähe zum Staat und, ab ca. 1990, zur Wirtschaft führten auf ihrer Seite meist etliche Sachzwänge auf (leere Kassen, Verpflichtungen aus Kooperationsverträgen und Absprachen usw.), welche regelmäßig nicht stimmten, aber auf die unwissenden Mitglieder erheblichen Eindruck machten. Die Drohung mit der eigenen Pleite oder rechtlichen Konsequenzen bewirkte fast immer Zustimmung zu einer Arbeit, die staatliche Förderung und Unterstützung brachte.

Ein klassisches Mittel zur Disziplinierung war zudem das Schüren von Mitleid durch die Behauptung, dass EntscheidungsträgerInnen für radikale Aktionen oder riskante Arbeitsstile persönlich haftbar waren. Diese Auffassung war und ist zwar formal falsch, was den FunktionärInnen auch meist bekannt war. Sie hatte aber die gewünschte loyalisierende Wirkung, da Basis oder Delegierte nicht so genau informiert waren.

Insgesamt ist festzustellen, dass im Laufe der 80er Jahre viele ehemals radikale KämpferInnen im BUND oder bei den GRÜNEN zu FunktionärInnen wurden und mit der trügerischen Hoffnung auf Erfolge im Detail und eine allmähliche Veränderung des Ganzen kritiklos ein Rädchen im Gesamtgetriebe wurden. Als einfaches Mitglied, KassenwartIn oder BeisitzerIn in irgendeiner Untergliederung, als GerätewartIn oder SchutzgebietsbetreuerIn, LeiterIn eines (vom Vorstand abhängigen) Arbeitskreises oder auf viele andere Art wurden Menschen in Funktionen geschoben und verloren damit ihre

aktive Rolle, die sie in den unabhängigen Gruppen oft hatten.

Die verbliebene, von den GRÜNEN- bzw BUND-Oberern geschürte, Hoffnung, dass sie zu einem großen Ganzen beitragen, das dann umweltpolitische Ziele durchsetzt, war ebenso vergebens, denn in den Spitzengremien machten sich KarrieristInnen oder Personen breit, die die Nähe zum Staat und zur Wirtschaft suchten, also gar keine Veränderung im Ganzen mehr wollten.

Zudem schlossen sie sich Dachverbänden (kreis-, landes- und bundesweit) an, in denen oftmals die reinen Umweltschutzverbände gegenüber Naturschutzverbänden oder politischen Gliederungen (Kommunen) in der Minderheit waren.

Welchem BUND-Basismitglied war schon bekannt, dass der auch vom BUND mitgetragene Dachverband DNR (Deutscher Naturschutzring) bis 2000 einen Präsidenten hatte, der CSU-Mitglied war? Er vertrat trotzdem die Umweltverbände, und damit auch die ungefragten Basisgruppenmitglieder, in Gesprächen mit den UmweltministerInnen oder den Kanzlern.

Teil des Etablierungsprozesses war die Berufung vieler UmweltschützerInnen in Kommissionen, Beiräte und andere Gremien, in denen sie mit VertreterInnen von Behörden usw. zusammenarbeiten. Dort war der Alltag, eigene Positionen aufzugeben, um an anderer Stelle kleine Fortschritte zu erreichen. Viele UmweltschützerInnen hatten das Gefühl, mitzuregieren und teilzuhaben an der Macht der Politik. Dabei vergaßen sie die Verhältnisse zu den Zerstörungsprozessen und konzentrierten sich auf ihre Mitspracherechte, die aber immer nur Nebensächlichkeiten betrafen.

Der Aufbau von BUND und GRÜNEN führte zum Verschwinden vieler vormals unabhängiger Basisgruppen sowie zu einer bedeutenden Schwächung der entstandenen Netzwerke und Bündnisse wie z.B. dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (wobei auch dieser oft von Parteileuten gesteuert wurde).

aus: Jörg Bergstedt: "Widerstand und Vision I: Reich oder rechts? Umweltgruppen und NGO's im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie", IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt am Main - London, 2002

# Der Umgang der DDR mit der Atomkraft: Vertuschung und Überwachung von AtomkraftgegnerInnen

Noch im Verlauf der Tschernobyl-Tagung zeigte sich die Bedeutung der Stasi-Aktivitäten für die Bewertung der öffentlichen Verarbeitung der Reaktorkatastrophe in der DDR. Erika Drees und Dr. Loettel, auf deren Fälle in diesem Artikel eingegangen werden wird, waren TeilnehmerInnen der Tagung. So wurde schon im Verlauf der Veranstaltung überlegt, in der Dokumentationsbroschüre zur Tagung einen Abschnitt zum Umgang des DDR-Staatsapparats mit AtomkraftgegnerInnen einzufügen.

Dieser Text entstand im Auftrag der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Edda Ahrberg. Seine Grundlage sind die Berichte der Betroffenen und Unterlagen aus dem Stasi-Archiv, sowie den Veröffentlichungen der BürgerInnen-Bewegung der DDR.

Der Nutzung der Atomkraft wurde in der DDR ähnlich der BRD eine große Bedeutung beigemessen. Einerseits beinhaltet die "zivile" Atomenergienutzung immer auch die militärische Option, andererseits waren die Verantwortlichen der Überzeugung, die energiehungrige DDR-Industrie könne anders nicht gesättigt werden. In den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist folgerichtig vom "Staatsauftrag ‚Kernenergie‘" die Rede.

Die Katastrophe in Tschernobyl, einem sozialistischen Atomkraftwerk (AKW), erschütterte auch in der DDR die Sicherheitsgläubigkeit. Ökologisch engagierte Menschen zogen auch in der Deutschen Demokratischen Republik die Konsequenz, umso mehr den Ausstieg aus der Atomenergienutzung zu fordern. Das aber passete gar nicht zur offiziellen Staatspolitik.

Beton- und Beschichtungsqualität am Kühlturm A 2 im KKW Stendal, Untersuchungen des Instituts für Baustoffe und des Instituts für Betonforschung durchgeführt wurden. Die erneut durchgeführten Berechnungen ergaben, dass eine Gefährdung nur im unteren Bereich des Kühlturms bis 30 m Höhe zu erwarten ist.<sup>18</sup>



ES IST LETZTENDLICH NICHT DIE FRAGE, OB EIN ATOMBUNKER WIRKLICH SCHUTZ VOR EINEM ATOMKRIEG BIETET...



...WICHTIG IST DOCH NUR, DASS EIN GEWISSES SICHERHEITSGEFÜHL BEI DER BEVÖLKERUNG GESCHAFFEN WIRD!

"Weiterhin informierte er, dass es nach wie vor Verstöße bei der Einhaltung der zulässigen Toleranzen der einzelnen Segmente des Containments gibt."<sup>19</sup>

Die Befürchtungen und Argumentationen der AtomkraftgegnerInnen waren - das war auch der Stasi bewusst - nicht aus der Luft gegriffen. Dieses Wissen hatte allerdings nur abwehrende, den Staat schützende Maßnahmen zur

"Nach der schweren Havarie im KKW<sup>1</sup> Tschernobyl verstärkten sich die Aktivitäten ökologischer Kreise der evangelischen Kirche (...), die darauf ausgerichtet sind, die weitere Nutzung der Kernenergie in der DDR in Zweifel zu ziehen und eine innere Protestbewegung gegen den Kernkraftwerksbau unter breiten Bevölkerungskreisen zu initiieren."<sup>18</sup>

Dieses und die folgenden Zitate sind den Unterlagen des MfS entnommen. Intern ging die Stasi sehr offen mit den den AKW zuzuordnenden Gefahren um. Doch bei aller Kenntnis um das Risiko scheint die Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Technologie schwerer gewogen zu haben. Kritik an der Atomkraftnutzung war somit verpönt und wurde argwöhnisch registriert.

"Der HA XVIII<sup>2</sup> liegen inoffizielle Hinweise vor, wonach einige Professoren der TU Magdeburg Unklarheiten über die Nutzung der Kernenergie haben."<sup>18</sup>

Dass diese "Unklarheiten" - oder besser Kritiken - an der Atomtechnik nicht grundlos waren, belegen die internen Einschätzungen der Stasi, in denen die mangelhafte Sicherheit der eigenen Anlagen eingestanden wird. So z.B. betreffend die AKW-Baustelle in Stendal:

"Zur Situation auf der Baustelle KKW Stendal informierte der GMS<sup>3</sup> Heinz Lüders, dass aufgrund der bekannten Qualitätsprobleme zur

Folge.

"(...) ist es notwendig, die Zusammenarbeit mit der Linie XX<sup>4</sup> noch kontinuierlicher zu gestalten, um die im Inneren der DDR agierenden Ökologiegruppen (...) mit operativen und auch staatlichen Mitteln, z.B. durch Zersetzung oder Überzeugung, wirkungslos zu machen (...)."<sup>19</sup>

Ziel der Aktivitäten war es "(...) die unverfälschte und konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei und Staatsführung mit tschekistischen Mitteln zu gewährleisten, rechtzeitig Gefahrensituationen zu erkennen und zu beseitigen."<sup>19</sup>

Tschekistisch, also mit allen geheimdienstlichen Mitteln, sollten mögliche Störpotentiale beseitigt werden. Die AktivistInnen der Ökologiebewegung der DDR bekamen diese Mittel immer wieder zu spüren. Massive Überwachungen von Telefonaten und Post, abgehörte Wohnungen und Spitzel im engsten Vertrautenkreis waren offensichtlich keine Seltenheit. Selbst Privatgespräche wurden dokumentiert:

"Am 29.04.1986 gegen 22.21 Uhr kehren Ludwig und Erika Drees wieder in ihre Wohnung zurück (Domchor). Erika äußert sogleich, dass "sie alle eigentlich in Schwarz marschieren müssten am 1. Mai".<sup>20</sup> Erika Drees ist eine Aktivistin der "Energiewende Stendal", ei-

## Anti-Atom in Magdeburg

AntiCastorNetz Magdeburg

www.AntiAtom.de/Magdeburg

Infotel.: 01 62-860 89 49

AntiCastorMD@gmx.de

- Aktuelles aus der Atom-Politik
- Infrastruktur zum Selbst-Aktivwerden
- Veranstaltungen & Aktionen
- Prozessinfos Magdeburger AtomkraftgegnerInnen

ner Gruppe die seit Jahren für die Abschaltung aller Atomanlagen eintritt. Damals wie heute war sie an Aktionen Zivilen Ungehorsams beteiligt, die den Forderungen nach einer Wende in der Politik Nachdruck verleihen sollten.

Selbst harmlose Versuche, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, wurden von unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen begleitet. Auf der Baustelle des AKW Stendal verteilten Drees und andere AktivistInnen Flugblätter und forderten den Baustopp. Darauf folgte die Festnahme der Beteiligten und anschließend die Verhängung von Ordnungsstrafen.

Eine andere Aktivistin berichtet: "Nach einem Halt am Gemeindeschaukasten in Alt-Olvenstedt und von Birgit angebrachten 2 Aufklebern, lief eine nicht erwartete polizeistaatliche Aufmerksamkeit ab. Über 40 bewaffnete Herren umstellten Birgit und Carola. (...) Die Offiziere der K<sup>5</sup> gaben unseren Bedenken gegen eine Nutzung der Kernenergie zwar recht, meinten aber "diese Gedanken sind nichts für die einfache Bevölkerung", "sie würden fehlgeleitet"."

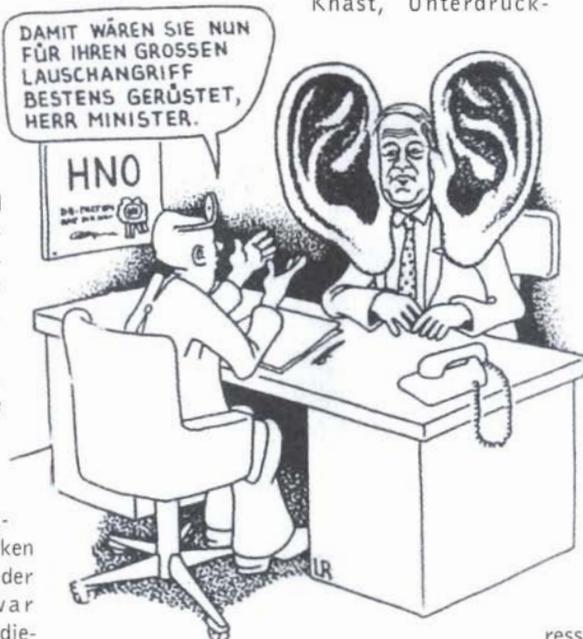
Dr. Gerhard Loettel, evangelischer Pfarrer in Magdeburg, wurde unter dem Codenamen "Doktor" seit 1979 überwacht. "Sein Engagement richtet sich schwerpunktmäßig im Einschätzungszeitraum auf Äußerungen in Form von Vorträgen, theoretischen Schriften und Eingaben an kirchliche und staatliche Gremien zur Havarie im KKW Tschernobyl 1986."<sup>6</sup> 1988 berichtet das für Loettel zuständige Stasi-Referat: "Zum derzeitigen Stand der OPK" ist einzuschätzen, dass die politisch-operative Zielstellung der OPK, die Verhinderung eines öffentlichkeitswirksamen politisch-operativen Wirkens des Pfarrers Dr. Loettel unter Nutzung des kirchlichen Umweltschutzes, erreicht wurde<sup>6</sup> und "Der gegenwärtige Stand (...) konnte durch den zielgerichteten Einsatz von IM<sup>7</sup> (...) und im Zusammenwirken mit den staatlichen Organen, durch die direkte politische Einflussnahme auf Dr. Loettel (...) erreicht werden".<sup>6</sup>

Es wurden IMS<sup>8</sup> u.a. in die Gruppe Loettels eingeschleust, Post und Telefon überwacht. "Der eingesetzte IMS "Simone Pietsch" sowie der IMS "Leo Spess" sind in der kirchlichen Basisgruppenarbeit Magdeburgs wie auch in der 1986 geschaffenen Ökogruppe von Pfarrer

Dr. Loettel in der kirchlichen Öko-Szene Magdeburgs integriert."<sup>6</sup>

"Das politisch-operative Zusammenwirken mit den staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften ist auf die ständige politisch-ideologische Beeinflussung und Erweiterung der Gesprächsbereitschaft mit den staatlichen Organen durch Pfarrer Dr. Loettel ausgerichtet."<sup>6</sup>

Die Stasi ging also nicht nur mit repressiven Mitteln Überwachung, Knast, Unterdruck-



setzung - gegen politische GegnerInnen vor, sondern versuchte auch, diese zu integrieren und Stück für Stück für die eigenen Interessen zu gewinnen.

Eine Taktik, die auch heute noch angewendet wird\*. Ziel dieser Maßnahmen ist die Verhinderung politischer Aktivitäten gegen den Staat.

"Die OPK "Doktor" wird weiter durchgeführt mit der Zielstellung der Verhinderung eines politisch-negativen öffentlichkeitswirksamen Tätigwerdens der Person Dr. Loettel (...)."<sup>6</sup>

Wünschenswert ist außerdem natürlich, wenn die Betroffenen in ihren Aktivitäten umgelehrt werden können. Auch darauf zielten die Stasi-

#### Quellen:

- A: BStU, Außenstelle Magdeburg, AKG, Nr. 51, Blatt 778;
- B: BStU, Außenstelle Magdeburg, AKG, Nr. 52, Blatt 110;
- C: BStU, Außenstelle Magdeburg, AKG, Nr. 52, Blatt 111;
- D: BStU, Außenstelle Magdeburg, AKG, Nr. 51, Blatt 779;
- E: BStU, Außenstelle Magdeburg, AKG, Nr. 51, Blatt 738;
- F: BStU, Außenstelle Magdeburg, KD Stendal, OV "Neurologe", Reg-Nr. VII/1976/81, Bd. 5, Blatt 51;
- G: BStU, Außenstelle Magdeburg, KD Magdeburg, OPK "Doktor", A-Nr. 1/91, Bd. 6, Blatt 267-276

Operationen ab: "Im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP<sup>9</sup> - ARI<sup>10</sup> - ist zu gewährleisten, dass durch den Kulturbund eine politisch positive Beeinflussung des Dr. L. gegeben ist. (...)"<sup>6</sup>

Den überwiegenden Teil der Stasi-Aktionen bemerkten deren Opfer nicht. Erst im Nachhinein, durch das Lesen der Akten, wird klar, welches Ausmaß die Beeinflussung und Beeinträchtigung durch den Geheimdienst der DDR hatte. Was die bundesdeutschen Dienste heute leisten, wird wohl erst in weiter Zukunft erfassbar sein.

Auch in Deutschland gab es viele Opfer durch die Atomenergie-Nutzung. Einige tausend Betroffene aus dem Uranabbau der Wismut wurden von der Berufsgenossenschaft als Atomopfer anerkannt. Doch viele Menschen - beispielsweise solche, die die durch Tschernobyl kontaminierten LKW an der innerdeutschen Grenze abspülen mussten - bekommen noch immer keine Entschädigungen. Im Internet auf versuchen Betroffene sich zu koordinieren und eine Lobby aufzubauen.

Falk Beyer

#### Erläuterungen:

- 1: KKW = Kernkraftwerk,
  - 2: HA XVIII = Hauptabteilung "Sicherung der Volkswirtschaft",
  - 3: GMS = Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit,
  - 4: HA XX = Hauptabteilung "Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund",
  - 5: K = Kriminalpolizei,
  - 6: OPK = Operative Personenkontrolle,
  - 7: IM = Inoffizieller Mitarbeiter,
  - 8: IMS = [M zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs,
  - 9: DVP = Deutsche Volkspolizei,
  - 10: ARI = Arbeitsrichtung I - Bezeichnung für grundsätzliche Aufgabenstellungen des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei
- \* = Am Beispiel der jahrelangen Überwachung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danneberg mittels Abhören, Postüberwachung, Beschattung etc. ist erkennbar, dass solche Methoden auch heute noch nicht aus der Welt sind. Die hier geäußerte Auffassung wird unterstützt durch die Aufhebung des Postgeheimnisses und anderer Schutzrechte der Verfassung zur Erleichterung der Überwachung von BürgerInnen.

# Hiroshima und Nagasaki



**UmweltschützerInnen und FriedensaktivistInnen erinnern gemeinsam an Atombombenabwürfe**

sb Zum 58. Mal jährten sich in diesem August die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Und auch in diesem Jahr wurde wieder versucht, die Erinnerung an diese tragischen Ereignisse in den Köpfen der MagdeburgerInnen wachzuhalten beziehungsweise sie wachzurufen. Seit mehreren Jahren schon veranstalten die Greenkids Aktionen zum Hiroshima-Tag, um auf die möglichen Folgen der Atomtechnologienutzung aufmerksam zu machen. Dabei wurde stets versucht bewusst zu machen, dass nicht nur die militärische Nutzung dieser Technologie in Form von Atomwaffen, sondern eben auch die sogenannte „friedliche“, oder auch zivile, Nutzung von Kernenergie, z.B. in Atomkraftwerken, unberechenbare Risiken birgt und verheerende Katastrophen verursachen kann.

An dieser Stelle zeigt sich sehr deutlich, dass Atompolitik ein Thema ist, das UmweltschützerInnen und FriedensaktivistInnen gleichermaßen berührt. Und so entdeckten dieses Jahr auch Menschen aus der Magdeburger Friedensbewegung das Thema für sich und gestalteten die Hiroshima- und Nagasaki-Gedenktage zusammen mit AktivistInnen der Greenkids. Am 6. August, dem Tag des ersten Atombombenabwurfs der Geschichte auf die japanische Stadt Hiroshima, fand vor dem Hauptbahnhof eine Aktion unter dem Motto „Kraniche falten für den Frieden“ statt. Kraniche gelten in Japan als Symbol für

Frieden und Gesundheit. Die Mythologie besagt, dass 1000 Papierkraniche, gefertigt nach der japanischen Falte Kunst Origami, einen Wunsch erfüllen. Einige PassantInnen beteiligten sich dann auch recht rege an der kleinen „Bastelstunde“. Die Kraniche wurden zwischen ein paar Fahnenmasten an langen Leinen



befestigt und bildeten bald eine ziemlich beeindruckend lange und bunte Kette. Zusätzlich zu dieser Friedens-Aktion konnte sich außerdem an Stellwänden und in verschiedenen Info-Materialien zu den Ereignissen in Hiroshima, der Entwicklung, dem Aufbau und den Auswirkungen von Atomwaffen sowie zu

Unfällen auch im Zusammenhang mit ziviler Atomkraftnutzung, wie z.B. der Katastrophe von Tschernobyl, informiert werden.

Im Anschluss an diese öffentliche Aktion fand im Thiembuku noch eine kleine Infoveranstaltung zu Hiroshima und Nagasaki statt. Dabei wurden vor allem Videos gezeigt, die in bedrückenden Bildern die Zerstörungen in den beiden japanischen Städten zeigen. Noch viel deutlicher aber wurde das Ausmaß des Schreckens durch die persönlichen Erlebnisse, von denen verschiedene Zeitzeugen in den Filmaufnahmen berichteten.

Drei Tage später, am Nagasaki-Tag, trafen die Umwelt- und FriedensaktivistInnen noch einmal zusammen. Die Kranichkette war nun noch ein ganzes Stück länger und bunter geworden. In einem Gedenkmarsch wurde sie von der Erdachse am City-Carre zur Nagasaki-

Gedenkstätte an der Lukasklause gebracht. Zwar war es nur eine Handvoll Menschen, die sich bei der unerträglichen Hitze zu dieser Aktion zusammenfand, doch hatte der Zug durch die lange Kranichkette doch seine Wirkung. Die Kette wurde schließlich an der Nagasaki-Steile aufgespannt und soll

dort zum mahnenden Gedenken noch einige Zeit verbleiben.

Zwar wurde das große Ziel, nämlich wirklich 1000 Kraniche zu falten nicht erfüllt, doch die Hoffnung, dass der Wunsch nach Frieden trotzdem endlich erfüllt wird, bleibt.

## Löwenzahn-Projekt: "Generationen-Konflikt" beigelegt

low In der letzten Ausgabe des grünen blatts erschien ein Artikel mit dem Titel „Löwenzahn in die Budenbergvilla? - Antipathie für die Jugend“. Ausgangspunkt für diesen Artikel war ein Erzählcafé im Volksbad Buckau gewesen, dessen Thema die Geschichte der Budenberg Villa (Villa Hügel) war. Einer der Referenten, ein älterer Herr, äußerte sich in diesem Zusammenhang auch zur geplanten Löwenzahn-Wohn-Projektwerkstatt. Als eifriger Leser des grünen blatts war er darüber informiert, dass das Löwenzahn-Projekt in Verhandlungen mit der IG-Metall als EigentümerIn dieser Villa steht und Interesse an der Nutzung des Gebäudes für das Projekt angemeldet hat. Ihm war diese Absicht offensichtlich nicht ganz geheuer. Wir waren nun andererseits sehr verwundert über diese offensichtliche Ablehnung unseres Projekts, erfuhren wir doch etwas später, dass dieser Herr in dem

Arbeitskreis "Dialog der Generationen" mitarbeitet. Auch wir waren an einem Dialog recht interessiert, wollten wir doch gern erfahren, worauf diese Ablehnung denn eigentlich beruhte. Hatten wir es hier tatsächlich mit einem klassischen Generationen-Konflikt zu tun? Wenn ja, so war wohl der einzige Lösungsweg die Generationen zusammenzuführen, denn häufig basiert ja das Unverständnis füreinander vor allem auf Unwissenheit über die jeweiligen Motive und Ziele des/der anderen.

Mit freundlicher Vermittlung des Volksbades wurde es uns möglich, unseren offensichtlichen Kritiker zu einem persönlichen Gespräch zu einem unserer Projekttreffen einzuladen. Nach der Vorstellung unserer Ideen stellte sich heraus, dass der "Konflikt" lange nicht so groß war, wie er zu Anfang schien. Im Gegenteil: zu unserer Überraschung und Freude zeigte sich unser Gast gegenüber unserem Vorhaben und unseren Vorstellungen sehr aufgeschlossen und

oft sogar zustimmend. Zwar machte er keinen Hehl daraus, dass er es für schlicht utopisch hält, dass wir die Budenberg-Villa je für unser Projekt bekommen könnten, stellte aber gleichzeitig klar, dass er absolut nichts dagegen einzuwenden hätte sondern sich sogar darüber freuen würde. Mehr noch: Sollte der Traum tatsächlich einmal wahr werden und sich das Löwenzahn-Projekt in der Villa ansiedeln, dürften wir mit seiner takkräftigen Unterstützung rechnen.

Und tatsächlich gibt es Anlass zu der Hoffnung, dass wir auf dieses freundliche Angebot werden zurückkommen können. Erst kürzlich fand ein Gespräch mit einer Vertreterin der IG-Metall statt, die uns die politische Unterstützung der IG-Metall Magdeburg-Schönebeck für unser Projekt überbrachte. Die weiteren Verhandlungen werden zeigen, ob wir uns nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der finanziellen Ebene treffen können.

# Naturschutzkampagne 2003

## Mit den Greenkids raus in die Natur

sb Seit der Veröffentlichung des letzten grünen blattes gab es wieder mehrere interessante Veranstaltungen im Rahmen der Naturschutzkampagne der Greenkids.

So standen im Juni zwei weitere Exkursionen in Naturgebiete der näheren oder auch mal etwas weiteren Umgebung an. Da war zunächst die Radwanderung zum Niegripper See bei Burg. An diesem heißen Sommertag war die etwa 25km lange Strecke allerdings nur etwas für die besonders hartnäckigen NaturfreundInnen. Trotzdem nahm eine Gruppe von etwa sechs Menschen die Strapazen auf sich. Am Zielort angelangt folgte die nächste Herausforderung. Jetzt begann das Rätselraten um die Frage, welche der Brücken über den Mittellandkanal wohl DIE Brücke sei, an der wir mit unserem Referenten Winfried Lippoldis vom NABU verabredet waren. Nach einiger Sucherei fanden dann aber doch alle zueinander und widerstanden auch tapfer der Versuchung, doch einfach den Naturlehrpfad Naturlehrpfad sein zu lassen und sich lieber den zahlreichen Badegästen anzuschließen und sich in das kühle Nass des Sees zu stürzen. Unsere "Standhaftigkeit" wurde aber belohnt durch eine recht aufschlussreiche Führung durch die Waldgebiete rings um den See. Das Nistkastenmodell "Bayrischer Wald" wurde ebenso bestaunt wie die beeindruckenden Bauten der roten Waldameise, die wir auch häufig zu Gesicht bekamen. Wir erfuhren Wissenswertes über die heimischen Gehölze des Mischwalds und bestimmten mit Hilfe unseres Referenten einige Pflanzenarten. Schade war eigentlich nur, dass wir zusätzlich zu den Informationen über die Flora und Fauna am Niegripper See auch ein paar Zeckenbisse und einen Sonnenstich mit nach Hause brachten.

Die zweite Fahrradexkursion im Monat Juni sollte uns eigentlich an die Große Sülze führen. Leider ergab es sich sehr kurzfristig, dass unser Referent wegen Krankheit verhindert war und sein "Ersatzmann" ein Jäger war. Nach einer internen Diskussion entschieden wir uns schließlich, die Exkursion abzusagen, da wir es mit unseren Ansichten zur Jagd schlecht vereinbaren konnten, eine Veranstaltung zusammen mit einem Jäger durchzuführen - zumindest nicht ohne unsere unterschiedlichen Standpunkte dann auch zum Thema zu machen. Schön war, dass sich trotz allem eine kleine Gruppe von Menschen entschied, den Ausflug auch ohne fachkundige Begleitung zu machen und einfach einen gemeinsamen Tag in der freien

Natur zu verbringen, und dass die Schwierigkeiten mit dem "Ersatzreferenten" dazu führten, dass sich demnächst wieder stärker mit dem Thema Jagd im Verein auseinandergesetzt werden soll.

Der Juli stand thematisch ganz im Zeichen des Wassers. Den Anfang bildete eine Gewässer-



gütebestimmung am Schrottestau, zu der trotz des nicht wirklich einladenden Regenwetters auch einige interessierte BürgerInnen erschienen, die sich auch tatkräftig an der Untersuchung beteiligten. Der Schrottestau ist ein Hochwasserrückhaltebecken bei Magdeburg-Diesdorf und außerdem ein geschütztes Feuchtebiotop, für den die Greenkids seit 1995 die Patenschaft haben. Im Rahmen dieser Patenschaft fand nun auch wieder die Bestimmung der Gewässergüte statt, weiterhin etliche Exkursionen in den vergangenen Jahren mit Pflanzen- und Vogelartenbestimmungen, Müllberäumung oder Pflanzungen.



Wenige Tage später stand ein Vortrag über die Elbe auf dem Programm. Ernst-Paul Dörfler informierte die Anwesenden vor allem über die geplanten Ausbaumaßnahmen und ihre ökologischen Auswirkungen.

Und schließlich besuchten wir noch einmal die Schrote. Dieses Mal interessierte uns das Leben entlang des Flusslaufs. Zum Ausgleich für das schlechte Wetter zwei Wochen zuvor "beglückte" uns der Wettergott diesmal mit sengender Hitze. Doch auch diesmal fanden trotz allem wieder zwölf Menschen den Weg hinaus in die Natur. Zusammen mit Dr. Fischer vom

NABU nahmen wir uns zunächst die Flora und Fauna des Schrottestaus vor, ehe wir weiter dem Flusslauf folgend die Trockenwiesen entlang der Schrote selbst durchstreiften. Was diese Naturräume so interessant macht ist ihr erstaunlicher Artenreichtum angesichts der doch eher kargen Lebensbedingungen. Doch auch die bunt blühenden Wiesen konnten es nicht verhindern, dass ein Teil der AusflüglerInnen die Exkursion vorzeitig aufgab, denn die Mittagssonne war tatsächlich recht unbarmherzig. Die ganz "Unerschrockenen" setzten die Wanderung zusammen mit Herrn Fischer noch ein kleines Stück fort.

Zuletzt fand erst vor kurzem eine Exkursion mit Rädern in den Stadtpark statt. Auch zu diesem Ausflug hatten sich wieder einige interessierte BürgerInnen eingefunden. Frau Fricke vom Umweltamt erzählte uns allerhand Wissenswertes nicht nur über ökologische, sondern auch über historische Entwicklungen des Stadtparks. So erfuhren wir zum Beispiel, dass das Areal der heutigen Parkanlage vor 1871 vor allem industriell genutzt wurde, beispielsweise hatten sich dort mehrere Seiler angesiedelt, welche die ausgedehnten Wiesenflächen für ihr Handwerk brauchten. Mit der fortschreitenden Industrialisierung entwickelte sich aber in den Städten auch der Bedarf an Erholungsflächen. In diesem Zuge wurde dann schließlich die Insel zu einem Landschaftspark umgestaltet. Seit Mitte der 70er Jahre ist der Rotehornpark auch denkmalgeschützt. Wir erfuhren außerdem, dass der heutige Stadtpark ursprünglich einmal Auwaldgebiet war und dass sich heute in der Parkanlage etliche seltene Arten finden. So kommen zum Beispiel das Wiesenschaumkraut und der Wiesenschachtelhalme vor - beide Pflanzen stehen auf der sogenannten Roten Liste. Außerdem bietet der Park Lebensraum

für eine Vielzahl von Insekten, Schmetterlingen, seltenen Lurchen, Fledermäusen und Vögeln, wie etwa dem Eisvogel oder der Mönchsgrasmücke, auch kann man hier Rehe und Wildschweine finden. Die Veranstaltungsreihe der Naturschutzkampagne

2003 nähert sich hiermit langsam dem Ende. Doch bevor uns der Winter in die "Naturentdeckungspause" schiebt, stehen im September noch eine Vogelartenbestimmung am Schrottestau und ein Vortrag zu ökologischer Landwirtschaft auf dem Plan. Den Abschluss wird schließlich eine Pflanzung an der Großen Sülze im November bilden. Die genauen Termine und Treffpunkte finden sich auf der Terminseite im grünen blatt. Interessierte Menschen sind natürlich herzlich zu den Veranstaltungen eingeladen.

# Zug um Zug in eine bessere Welt

„Ihr seid nur 8 und wir der Rest der Welt!“ war eine der vielen Parolen, die den hohen Herren, welche sich dieses Jahr am 1. Juni zum Gipfeltreffen im Luxusbadeort Evian nahe der schweizerischen Grenze verschanzten, die Legitimation absprach, alleine über den weiteren Verlauf der Welt zu bestimmen. Die Regierungschefs der sieben reichsten Länder und Russlands, die so genannten G8, verhandelten wie gewohnt geheim und unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit sowie fernab jeglicher demokratischer Kontrolle über Themen, die massive Auswirkungen auf das Leben von uns allen haben werden.

Sind unsere Nachbarn in Frankreich und Italien schon weitgehend politisiert, lösen sich auch die Deutschen allmählich aus ihrem Phlegma und wehren sich gegen die Aushebelung von immer mehr Arbeits-, Sozial- oder Umweltstandards. „Eine bessere Welt ist möglich!“ ist ein weiteres Motto der globalisierungskritischen Bewegung, die sich nicht mit einer gnadenlos nach Profit orientierten Wettbewerbspolitik abfinden will, welche immer mehr Menschen auf der Strecke liegen lässt und weiterhin lassen wird. Inzwischen befindet sich 48% des Gesamtkapitals in den Händen von 225 Privatpersonen, ein Drittel des Weltreichums gehört Großkonzernen. Mit einem von attac und Gewerkschaften organisierten Sonderzug, der von Berlin verabschiedet wurde und in vielen Städten unter lautem Jubel weitere Mitfahrer einsammelte, setzte sich am 28. Mai eine Vorhut von über 1000 Leuten in Bewegung, um sich im Intergalaktischen Dorf bei Annemasse auf die Aktionen gegen den G8 vorzubereiten. Andere kamen mit Bussen, in organisierten Radtouren oder privat an.

Schon allein die Zugfahrt war ein rollendes Bollwerk gegen die Zersplitterung des Widerstandes und die Ohnmächtigkeit des Einzelnen.

Schüler, Studenten, junge und alte Gewerkschaftler, frauenpolitisch engagierten Menschen, Friedens- und UmweltaktivistInnen und viele mehr kamen schon während der Fahrt durch die Nacht ins Gespräch, die Stimmung war äußerst ausgelassen und solidarisch. So bunt gemischt gestaltete sich auch der Widerstand der Teilnehmer.

Der Dialog zwischen den unterschiedlichen Vereinigungen und Gesinnungen, der schon im Zug begann, konnte sich noch drei weitere Tage im Village (frz. Dorf) auf internationaler Ebene fortsetzen. Das von der französischen Regierung legitimierte Intergalaktische Dorf gestaltete sich als ein erfreulich gut funktionierender Zeltplatz, dessen Gemeinschaftsplätze und Zelte Raum für Plenums, Workshops, Filme, Veranstaltungen und

Verköstigung boten. Sogar ein Mediazelt mit zahlreichen PCs gaben den intergalaktisch Verreisten die Möglichkeit, weiterhin online zu kooperieren oder einfach nur ihren privaten Interessen nachzugehen. Niemand sollte hier von einem politischen Muss, wie auch immer geartet, vereinnahmt werden. Konsens war ein fairer Umgang und Gewaltlosigkeit, welcher leider nicht immer von Einzelnen akzeptiert wurde.

Zahlreiche Demonstrationen und Presseaktionen liefen schon Tage vor dem großen Tag der Eröffnung des Gipfels, und zugleich des Massenwiderstandes, in der Umgebung ab.



© Fotos: Sigrid Lehmann

Zwei gewaltige Demozüge setzten sich schließlich am Sonntag in Bewegung, nach Angaben der Polizei sollen sich daran 50.000, nach Schätzungen der Organisatoren 120.000 Menschen beteiligt haben. Einer setzte sich von dem schweizerischen Genf und einer von dem französischen Annemasse aus in Bewegung mit dem Ziel, sich an der Grenze zu treffen und diese zu besetzen - ein symbolischer Akt für die geforderte Öffnung der Grenzen. Von hier sollte die einzige Zufahrtsstraße nach Evian besetzt werden, an welcher der Tross von einigen Tausenden Politikern und Mitarbeitern vorbeifahren würde, die nicht gerade eingeflogen werden oder den Seeweg nehmen würden. Die Demonstration am Sonntag war die größte, die Genf je erlebt hat. Die Polizei konterte nicht gerade zimperlich mit Tränengas, Prügeleinsätzen und Verhaftungen. Besonders brutal wurde das Vorgehen der Polizisten mit einer Stürmung des Gebäudes, in dem sich das alternative Internetportal „Indymedia“ befindet, beschrieben. Da es in der Nacht von Sonntag auf Montag geschah, könnte man es als

eine Art Rache einiger Ordnungshüter für die tagsüber gelungenen Gegenaktivitäten in der Stadt interpretieren. Der Gipfel fand statt, wenn auch durch die Blockaden nur etwas aufgehalten. Die gewaltsamen Ausschreitungen in Genf und anderswo, welche mit Plünderungen einhergingen, wurden von eher politisch oft unmotivierten - aber auch verständlichen Gründen frustrierten - „Ghettokids“ ausgeübt und von dem Gros der zusammengeführten Globalisierungskritikern abgelehnt. Kaum einer der Demonstranten hätte wohl eine Umkehr der Politiker und deren Gefolge zum Treffen in Evian, geschweige denn eine ernsthaftige Abkehr von ihrer rücksichtslosen Liberalisierungsideologie ad hoc erwartet. Trotzdem waren die Teilnehmer an den Protesten mit dem Erreichten zufrieden und konnten sich einer starken Solidarisierung ihres Protestes mit der schweizerischen und besonders der französischen Bevölkerung erfreuen.

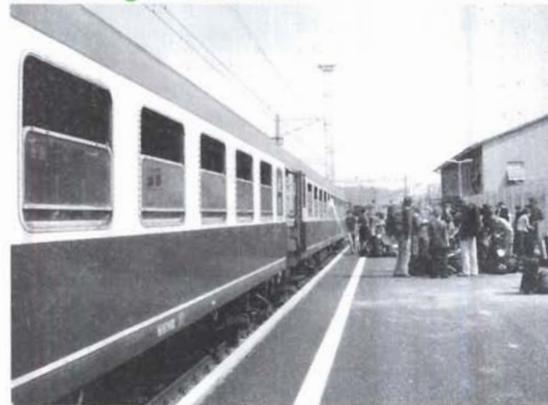
In den Fenstern in Dörfern und Städten hingen überall sichtbar die bunten „Pace“ (=Friedens)- Tücher, auch in den Schaufenstern von kleinen bis zu etablierten Geschäften. „Ja, kämpft um Eure Ideen und Ideale, das ist ganz richtig so. Wir

müssen uns für unsere Rechte einsetzen!“, sagte eine alte französische Landwirtin beispielsweise, als sie an der blockierten Straße zu der Zufahrtsstraße nach Evian vorbeizog und alle Protestkundgeber in Erstaunen versetzte, indem sie sich unerschrocken auf die

wie wild mit Tränengas beschossene Zone zwischen Demonstranten und Hundertschaften von Polizisten zubewegte und ein kurzfristiges Innehalten der Geschosse seitens der Polizei bewirkte. Sie verschwand hinter der Polizeilinie.

Was aus den Erlebnissen in Evian mitgenommen wurde? Die Erfahrung einer nicht nur beredeten, sondern auch gelebten alternativen Lebensweise und die Möglichkeit eines starken Zusammenhaltes jenseits von ideologischen und sozialen Grenzen. Das alles macht Mut, aus der allgemeinen Lethargie gegen die eingefahrene Politik unserer Volksvertreter und der scheinbar unaufhaltsamen Macht der Konzerne aufzubegehren. Macht fröhlich, kreativ und erfinderisch. Aufgewacht!

Sigrid Lehmann



Weitere Infos: [www.attac.de](http://www.attac.de)

# Kapitalismus nachhaltig abschaffen

Formen der Selbst-Organisation auf allen Ebenen entwickeln, Konkurrenz thematisieren und bekämpfen

Dieser Text basiert auf Erfahrungen zweier Gruppen, die zusammen hauptsächlich in Genf anlässlich des G8 Gipfels in Evian vom 1.-3. Juni 2003 waren. Er soll Anregung und Kritik sein. Es soll absichtlich kein Bericht der konkreten Ereignisse sein, sondern will diese in den Zusammenhang von radikaler Gesellschaftskritik und Perspektiven Sozialer Kämpfe stellen. Es geht uns darum, eine Diskussion weiterzuführen, die an die Notwendigkeit erinnert, über die "Großevents" hinaus eine revolutionäre Alltagspraxis gemeinsam zu entwickeln und diese Gesellschaft in die mögliche solidarische und kommune Assoziation zu verändern, worin die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist.

## [KOOPERATION]

Entgegen den überall zu findenden Ankündigungen, der G8-Gipfel solle blockiert oder gar verhindert werden, halten wir andere Ebenen für wichtiger (im Hinblick auf soziale Emanzipation, die wir hier als letztendliches Maß ansetzen), welche über bloßen Protest hinaus gehen. Zwar ist das Blockieren von Brücken eine (durchaus sinnvolle) Form von Widerstand, jedoch sollte es mehr darum gehen, sozialen Widerstand zu leisten, was bedeutet, nicht die gewöhnlichen, also normalen und damit funktionalen Verhaltensweisen zu reproduzieren, sondern durch eine Struktur von Kooperationen und freien Vereinbarungen ein solidarisches und kollektives[1] Handeln zu ermöglichen.

Die gemeinsame Vorbereitung, die Fahrt, die gemeinsamen Aktionen und Reaktionen sind immer wieder ein Versuch, Handlungsebenen zu finden, sich untereinander zu koordinieren und zusammenzuarbeiten. Der kapitalistischen totalen Konkurrenz müssen Kooperationsformen entgegengesetzt werden. Das wiederum setzt notwendigerweise Organisation im Allgemeinen, aber insbesondere die Selbstorganisation der Beteiligten - und zwar gerade auch im alltäglichen (Über-)Leben - voraus.

Hier jedoch entsteht der Eindruck, dass es bei den Gipfeln der Vergangenheit keine wirkliche Weiterentwicklung gab. Mensch hat das Gefühl, jedes Mal wieder bei Null anzufangern. Es zeichnen sich immer wieder die gleichen Diskussions- und Konfliktlinien ab (Gewaltfrage, Großdemo versus Kleinaktionen, Zusammenkommen und Spalten, das ewige Aufregen über das unerhörte Verhalten der diversen Repressionsorgane...). Hierzu trägt zum großen Teil auch der oft anzutreffende Mangel an Möglichkeiten, Kooperationsformen überhaupt erst entstehen zu lassen, bei.

Das hat zweierlei Ursachen. Zum einen die fehlende Motivation der verschiedenen AktivistInnen (weshalb sie auch AktivistInnen heißen?), sich vernünftig vorzubereiten, Kontakt mit anderen aufzunehmen, sich zusammenzu-

schließen, Inhalte zu diskutieren, also theoretische Grundlagen zu schaffen und Unterschiede offen auszutragen, anstatt sich in das kleine, zugegebenermaßen gemütlichere, konfliktfreie und gewohnte Szeneumfeld zurückzuziehen. Ein Beispiel hierfür soll das Agieren des schwarzen, verummten Blockes auf der Großdemo in Genf sein: aus dem Block heraus sind teilweise JournalistInnen angemacht und körperlich bedrängt worden, andere fragende DemonstrantInnen angepöbelt worden, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen und den Sinn militanter Aktionsformen zu erklären. Oder eben diejenigen, die Praxisformen von vornherein ablehnen und darüber ihre eigene Identität schaffen, doch sich damit auch gleichzeitig von jeder Veränderung dieser gesellschaftlichen Situation verabschiedet haben, indem sie ein Eingreifen für unmöglich erklären.

Das andere ist die Frage der geeigneten Strukturen, in denen sich Widerstand organisieren und artikulieren lässt. Für selbstorganisiertes und kreatives Handeln sind einfache bestimmte infrastrukturelle Voraussetzungen unabdinglich.

Der Zugang zu meist monopolisierten Ressourcen muss für alle gleich frei sein; das schließt z.B. Zugriff auf Presseverteiler, Benutzung von Computern, Telefonen, Faxgeräten etc. ein. Aktionsmaterialien und Vorbereitungsräume, gute Transparenz- und Kommunikationssysteme, welche für alle verständlich und nutzbar sind, sollten genügend bereit gestellt sein. Offene und möglichst angstfreie Atmosphäre, um sich auszutauschen und um auch gegenüber etablierten und professionalisierten Gruppen keinen Nachteil zu haben. Für alle oben angesprochenen Punkte gilt: Hierfür sind nicht ausschließlich die lokalen Gruppen der Gipfelgegend verantwortlich! Überregionale/-nationale Vernetzungen sind notwendig, denn das nachhaltige Gelingen eines solchen Events hängt von allen ab.

Ausgeschlossen in solchen Konzepten wären dann z.B. zentrale, von wenigen getragene, aber Anspruch für alle erhebende Pressekonferenzen von Wichtigorganisationen, Ausschlüsse und Rauswürfe bei Vorbereitungs- und Entscheidungsrounds und andere herrschaftsförmige Praxen.

## [GRENZEN]

Auf einer solchen unalltäglichen Reise, die von starker Repression auf verschiedenen Ebenen gekennzeichnet ist, fallen dir ziemlich viele unterschiedliche und vielfältig wirkende Grenzen auf.

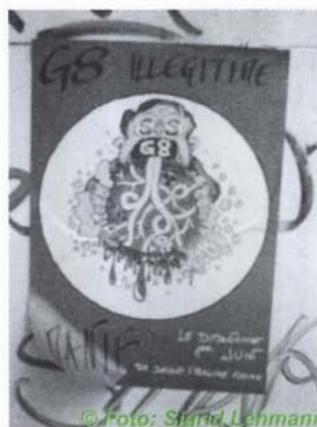
Am augenscheinlichsten sind natürlich zuerst die nationalstaatlichen Grenzen, welche bei solchen Aktivitäten für immer mehr Menschen zunehmend zu einer nur schwer überwindbaren Hürde werden. Sei es in Form von Ausreiseverboten mit Meldeauflagen bei der örtlichen Behörde, sei es die Abweisung an der Grenze, oder die schikanöse Behandlung bei der Durchsuchung und anschließenden Beschlagnahme von Aktionsmaterialien und anderen Dingen: immer zeigt sich die staatliche Repression mit dem erkennbaren Ziel, die kleinste Regung von Widerstand und selbstorganisiertes, unorthodoxes Handeln im Keim zu ersticken. Es passt hervorragend zur Strategie der Einbindung und Umarmung, diese präventive "low intensity" Repression, die gerade auf Grund ihrer Vehemenz und unerträglichen, normal und unspektakulär erscheinenden Art und

Weise so wirksam ist[2]. Die "Öffentlichkeit", NGOs usw. interessieren sich nur wenig für sowas, fordern solche präventiven Maßnahmen sogar gelegentlich selber. Das hat zur Folge, dass einerseits "wir" mit dieser Repression allein zurechtkommen müssen und wir andererseits politisch isoliert stehen - da, wo uns der herrschende Diskurs (als Einheit aus kapitalistischen Verwaltern, DemokratiefetischistInnen und verschiedenen linksliberalen Parteien und Strömungen) am

liebsten sieht: kriminalisiert und ausgepowert im gesellschaftlichen Abseits, entlang dem schmalen Grat am Rande der Bedeutungslosigkeit und gleichzeitig als Spielball der etablierten politischen Kräfte, meist in Form des Negativbeispiels dafür, wie "konstruktive Mitarbeit" an der kybernetischen Verwertungsmaschine nicht funktioniert: der extremistische Kriminelle.

Dazu kommen noch unsere eigenen, im Subjekt begründeten, Grenzen. Aufgrund unserer Alltagsstruktur, den normalen gesellschaftlichen Zwängen und auch der fast überall vorherrschenden linken, subkulturellen Routine, fällt es uns schwer, neue Verbindungen einzugehen und kreativ und spontan auf unerwartete und ungewohnte Situationen zu reagieren, geschweige denn in dem Chaos aus Ausnahmezustand, fremder und ungewisser Umgebung und psychischer Anspannung noch selber zu agieren.

Zusammen mit bewegungsstrukturellen Grenzen, die sich u.a. in unverbindlichen Strukturen, legalistischen Begrenztheiten, verregelten Entscheidungsfindungen und alteingesessenen Verhaltenscodes ausdrücken, ist unter diesen Voraussetzungen schnell das Limit der eigenen Handlungsfähigkeit erreicht.



© Foto: Sigrin Lehmann

# Wenn der Mensch zum Ausweis wird ...

von Falk Beyer

## Status quo der Ausweispapiere

Aktuell enthalten der Bundespersonalausweis und der Reisepass als biometrische Daten ein Passbild, die Unterschrift, die Größe und die Augenfarbe der InhaberIn. Des Weiteren werden der Hauptwohnsitz, der Geburtstag und -ort und die Staatsangehörigkeit gespeichert. Dazu wird eine Seriennummer vergeben, aus der einzelne dieser Merkmale abgelesen werden können.

Seit dem 11. November 2001 enthalten die Ausweisdokumente neben der Musterung des Papiers und der Plastikhülle und dem eingravierten Namen eine Holographie des Bundesadlers, das Foto in "stilisierter Form" und einen Bereich mit maschinenlesbaren Zeichen. Biometrische Merkmale von Fingern, Gesicht oder Hand dürfen zwar laut Gesetz schon gespeichert werden, das geschieht in der Praxis jedoch noch nicht. Noch ist auch nicht endgültig klar, welches dieser Merkmale verwendet werden soll. Die Tendenz geht allerdings zum Fingerabdruck.



## Sicherheitspaket I-III

Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 wurden von den deutschen Sicherheitsbehörden genutzt, um zahlreiche Gesetzesverschärfungen (bezeichnet auch als "Otto-Katalog"; bezugnehmend auf Schilys Vornamen) vorzunehmen, die zum Teil bereits Jahre zuvor diskutiert wurden [9,11], aber für nicht durchsetzbar gehalten worden waren. Der "11. September" bot nun eine einmalige Chance die - unter Ausnutzung der Schockwelle und Betroffenheit, die die Anschläge in den westlichen Industriestaaten verursacht hatten - wahrgenommen wurde.[17]

Seitens der Bundesregierung gab es nur oberflächliche Versuche diese Taktik zu verschleiern. So wurde z.B. ein Studierendenwettbewerb "Sicherheit und Freiheit" ausgerufen, der den Anschein weckte, die Sicherheitsdebatte begleiten zu dürfen. Tatsächlich war er zeitlich jedoch so angelegt, dass die Gesetzesbeschlüsse längst realisiert waren, während der Wettbewerb noch lief. [20]

Einige PolitikerInnen (z.B. FDP, CDU/CSU) [7] beschwerten sich, dass der Gesetz-

fassungsvorgang stark verkürzt wurde und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Regelungen für die ParlamentarierInnen kaum möglich sei. Eine Notwendigkeit für ein solches beschleunigtes Verfahren sei nicht vorhanden gewesen. Viele Verbände - u.a. die Strafrechtsausschüsse der Bundesrechtsanwaltskammer, der Deutsche Anwaltsverein, der Chaos Computer Club, der Deutsche Richterbund, die Humanistische Union, der Republikanische Anwaltsverein, die

Strafverteidigervereinigung, der Deutsche Strafverteidiger e.V., die Deutsche Vereinigung für Datenschutz und der Fachverband der Kriminalpolizei - erhoben (aus verschiedenen Motivationen heraus) Einsprüche gegen die Sicherheitsgesetz-Verschärfungen. [u.a. 8,16] Ihre Kritik wurde jedoch nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.

## Der 11. September als Ausgangspunkt

"Noch am 11. September, nur wenige Stunden nach den Anschlägen [auf das World Trade Center und das Pentagon; Anm. d. Autors], bildete das BKA [Bundeskriminalamt; Anm. d. Autors] eine Spezialeinheit, die sogenannte "Besondere Aufbauorganisation USA" (BAO USA). In Meckenheim und Hamburg ermittelten im Rahmen dieser BAO USA zeitweise über 600 Mitarbeiter; ausländische Polizeibeamte, auch vom FBI, haben sie unterstützt. Die BAO USA hat zur Aufklärung der Anschläge und zur Prävention weiterer Straftaten wesentlich beigetragen. Dies wurde im In- und Ausland - insbesondere auch von den USA - wiederholt anerkannt. Inzwischen wurde die BAO USA in eine Regelorganisation überführt; insgesamt werden auch weiterhin 450 BKA-Mitarbeiter zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus eingesetzt.

An den Grenzen wurden die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen durch den BGS intensiviert.

Bereits vor Beginn der Militäraction der USA ausgearbeitete Sicherheitspläne für gefährdete Objekte wurden durch die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder umgesetzt. Insbesondere galt und gilt dieser Schutz amerikanischen, britischen, israelischen und jüdischen Einrichtungen. Zudem wurde eine Verschärfung der Reisekontrollen im Luftverkehr unmittelbar eingeleitet." [1]

## Sicherheitspaket I

In das erste "Anti-Terror-Paket" wurden u.a. das Vereinsgesetz, das Strafgesetzbuch, das BKA-Gesetz und das Sicherheitsüberprüfungsgesetz einbezogen. Das Religionsprivileg, das ein Verbot religiöser Vereine erschwerte, wurde abgeschafft (rechtskräftig seit 8. Dezember 2001). Außerdem gab es erste Regelungen zur Überprüfung der Zuverlässigkeit von Personen, die u.a. in sicherheitsrelevanten Bereichen der Flughäfen arbeiten.

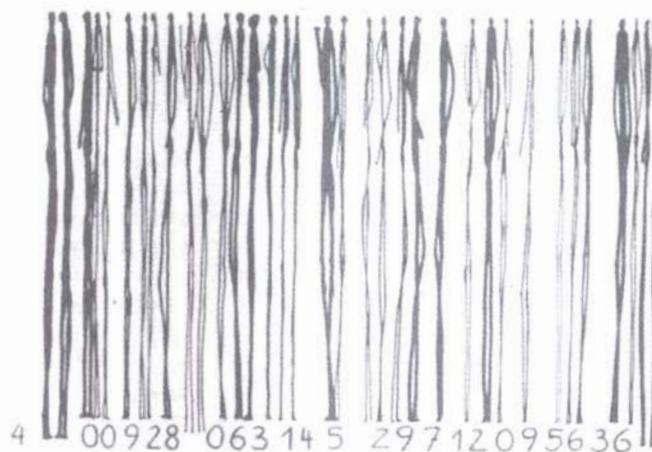
"Seit Oktober 2001 werden die Zuverlässigkeitsprüfungen von den [Bundes- ;Anm. d. Autors] Ländern erfolgreich durchgeführt. Insgesamt wurden 260 000 Beschäftigte überprüft." [1]

Hinzu kommt der §129b, die Definition einer "Kriminellen und terroristischen Vereinigung im Ausland". Damit werden die Tatbestände der "Kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) und der "Terroristischen Vereinigung" (§129a StGB) erweitert. Dieser Punkt des ersten Anti-Terror-Pakets wurde durch Unstimmigkeiten vom Bundestag erst am 26. April 2002 beschlossen und wurde am 1. September 2002 rechtskräftig.[11] Es können nun auch "terroristische Vereinigungen", die nicht in der BRD aktiv sind, verfolgt werden.

Wer nun eine Terrororganisation ist, ist Interpretationssache. Viele Befreiungsbewegungen, die sich gegen eine brutale Diktatur wehren, könnten unter diesen Tatbestand fallen. Solcherart politisch Verfolgte könnten demnach in der BRD auch nicht mehr um Asyl suchen, da sie als TerroristInnen verfolgt werden könnten.

## Sicherheitspaket II

Am 1. Januar 2002 trat diese Reihe neuer



Regelungen in Kraft. Am 20. Dezember 2001 hatte der Bundesrat den Gesetzesänderungen zugestimmt, nachdem der Bundestag in einer letzten Lesung das sog. "zweite Anti-Terror-Paket" gebilligt hatte. Mit diesem Paket wurden das Bundesverfassungsschutzgesetz, das MAD [Militärischer Abschirmdienst; Anm. d. Autors]-Gesetz, das BND (Bundesnachrichtendienst; Anm. d. Autors) Gesetz, das Bundesgrenzschutzgesetz, das Bundeskriminalamtgesetz, das Ausländergesetz, weitere ausländerrechtliche Vorschriften, das Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das Passgesetz, das Vereinsgesetz, das Luftverkehrsgesetz, das Bundeszentralregistergesetz, das Zehnte Buch des Sozialgesetzbuchs und das Energiesicherungsgesetz geändert.

Es gibt u.a. den Geheimdiensten neue Befugnisse zur Einholung von Informationen bei Banken, Behörden und Kommunikationsdienstleistern. AusländerInnen, "die einer Vereinigung angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützt" [2], kann u.a. der Aufenthalt in der BRD verboten werden. Was "internationaler Terrorismus" genau sein soll bzw. welche Vereinigungen diesen unterstützen, definieren die Sicherheitsbehörden dann

## "Löwenzahn"

ein neues ProjektHaus in Magdeburg

Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg-Buckau in Angriff nehmen. Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Solarkollektoren zur Wärmeerzeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

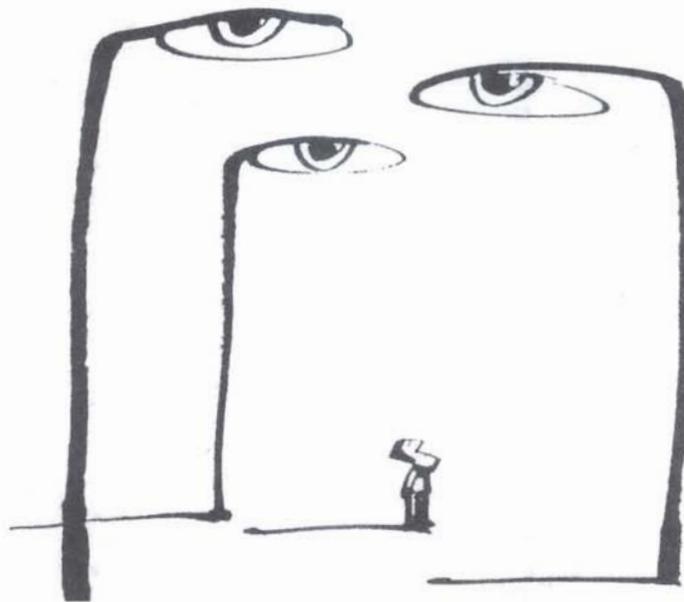
Vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon. Beispielsweise die offene Kleinkunstbühne, ein alternatives Stadtteilkino, den Ökogarten oder das offene Büro.

Wenn du Lust hast, am Basteln dieser ProjektHausidee mitzuwirken, melde dich ein oder komme zu unserem nächsten Treffen (siehe Terminkalender S. 19).

Kontakt über:

Infotelefon 01 62-860 89 49  
mail@projekthaus-loewenzahn.org



selbst. Menschen, die sich in unterdrückten Ländern gegen diktatorische Regime wehren, können (und werden - siehe Türkei/Kurdistan, Israel/Palästina, Algerien etc.) dann kein Asyl bekommen, obwohl sie ganz eindeutig politisch Verfolgte sind. Außerdem müssen AsylbewerberInnen mit ihrem Antrag auch eine Stimmprobe und Fingerabdrücke abgeben. Diese werden auch nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens vorerst 10 Jahre gespeichert.

Die massenhafte Speicherung biometrischer Daten wird damit an einer weiteren Zielgruppe gestartet, die kaum eine Lobby hat. Angefangen mit Massen-DNA-Tests in Fällen von Kindesmissbrauchs wird die systematische Speicherung biometrischer Merkmale weiter "normalisiert". So wird über Jahre hinweg eine Akzeptanz in der Bevölkerung für die Speicherung der Daten aller Menschen geschaffen. Daten aus Asylverfahren dürfen unter bestimmten Bedingungen auch an die Heimatländer der AntragstellerIn weitergereicht werden. Was das für die von diesem Land politisch Verfolgten bedeuten könnte, sollte klar sein.

Beim BKA wird des weiteren eine Regelanfrage vorgenommen, um festzustellen, ob die AsylbewerbIn bereits auffällig geworden ist. In diesen BKA-Karteien landen übrigens nicht nur StraftäterInnen, sondern je nach politischer Einordnung auch Menschen, die nur einen Infostand anmeldeten (Beispiel "Castor-Datei" des BKA) oder gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Dabei kann sogar ein Freispruch durch ein Gericht vorliegen und trotzdem werden Menschen in solchen "StraftäterInnen"-Karteien geführt (So geschehen in diversen Fällen rund um Anti-Kapitalismus-Demonstrationen, beispielsweise in Genua. Einige Leute, die in solchen Karteien standen, durften nicht ausreisen, obwohl sie von dem registrierten Vorwurf freigesprochen worden waren). Das verfassungsrechtliche Prinzip der Unschuldsvermutung wird damit auf den Kopf gestellt. [17]

Bei verdachtsunabhängigen Personen-

kontrollen soll einfacherer Zugriff auf das Ausländerzentralregister ermöglicht werden, um AusländerInnen die sich illegal in der BRD aufhalten, festzustellen. Hier wird die rassistische Ausrichtung des Gesetzes deutlich (rassistisch, weil Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden).

Des weiteren werden Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die in "lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen" tätig sind, eingeführt. Unter diese Formulierung könnten alle möglichen Betriebe fallen z.B. Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Energieversorgung, Ver-

kehrsunternehmen, Banken, Krankenhäuser etc. [u.a. 10]

Das zweite Sicherheitspaket schafft außerdem auch die rechtliche Grundlage für die Aufnahme weiterer biometrischer Merkmale (Finger, Hand oder Gesicht) in Ausweisdokumenten. [18] Welches Merkmal es sein soll, das in den Personalausweisen und Pässen registriert wird, soll ein weiteres Gesetz regeln.

Bundesinnenminister Schily favorisiert den Fingerabdruck, da in diesem Bereich ausgefeilte technische Verfahren zur Verfügung ständen. [3,6,7] "Im BMI [Bundesministerium des Inneren; Anm. d. Autors] wurde eine Projektgruppe Biometrie eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit den Fachspezialisten die Aktivitäten im Geschäftsbereich des BMI koordiniert und vorantreibt. Sie hat sich eingehend über die marktgängigen Produkte, ihren technischen Entwicklungsstand und ihre Einsetzbarkeit informiert. Nach Abschluss verschiedener Pilotprojekte wird sie den Einstieg in die Aufnahme biometrischer Daten vorbereiten." [1]

Diese biometrischen Daten dürfen in verschlüsselter Form in die Ausweisdokumente integriert werden, so dass selbst die InhaberInnen nicht genau wissen, was sie mit sich herumtragen. [4] Eine bundesweite Zentraldatei wird vorerst nicht eingerichtet. [5]

Diesem Einlenken auf Einwände von DatenschützerInnen ist jedoch mit Vorsicht zu begegnen. Wenn sich die Speicherung weiterer biometrischer Merkmale in Ausweisen erst einmal durchgesetzt hat, könnte es schnell auch politisch durchsetzbar werden, eine Zentraldatei anzulegen. Bei großflächigen DNA-Analysen (beispielsweise zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch) bzw. der präventiven Aufnahme von Fingerabdrücken und DNA politisch ungewollter AktivistInnen werden solche Zentraldateien bereits angelegt.

Es ist hier nur eine Frage der Zeit, bis ein Großteil der Bevölkerung erfasst sein wird. Die

biometrischen Daten, die im Asylverfahren und bei ED-Behandlungen (ED = Erkennungsdienstlich) aufgenommen werden, werden übrigens als Rohdaten gespeichert und nicht etwa als Signaturen aufbewahrt. Dies ist ein wesentlicher Kritikpunkt etablierter DatenschützerInnen-Kreise. [19]

### Sicherheitspaket III

Ein solches drittes Anti-Terror-Paket wurde von der CDU/CSU (niedersächsische Landtagsfraktion, Bayerns Innenminister Beckstein, Bundestagsfraktion) gefordert.

Inhalte dieses Sicherheitsgesetzes waren im wesentlichen die weitere Verschärfung des Asylrechts, die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung und eine nochmalige Ausweitung der Befugnisse des Verfassungsschutzes (VS). Insbesondere sollten AusländerInnen bereits bei Verdacht - also ohne Vorliegen von Beweisen - des Landes verwiesen werden. Auch die Möglichkeiten zum Verbot von ausländischen Vereinen sollten erweitert werden. [12, 13, 14]

Schily lehnte es jedoch als überflüssig ab; es wurde bisher nicht beschlossen. Die CDU will das Sicherheitspaket III bei einem Wahlsieg auf den Weg bringen. [15]

### Datenschutzrechtliche Aspekte

Auch wenn vorerst die Anlegung einer Zentraldatei für biometrische Ausweisdaten abgewendet werden konnte, ist weiterhin Vorsicht angesagt. Ein politischer Kurswechsel kann diese "Kleinigkeit" jederzeit ändern. Denn ist erstmal eine Akzeptanz für die Aufnahme biometrischer Daten geschaffen, ist der Widerstand gegen eine Zentraldatei geringer.

Außerdem wird im Zusammenhang mit Kinderpornografie und Kindesmissbrauch seit Jahren Stimmung für großzügige Datenerhebungen gemacht. Die angebliche Notwendigkeit von flächenmäßigen DNA-Tests zur TäterInnen (wobei das wohl eher selten Frauen sind) - Ermittlung wurde emotionsgeladen propagiert, die Betroffenheit der Massen ausgenutzt, um ein weiteres polizeiliches Instrumentarium zu schaffen. Die Gefahr, dass zur Prävention solcher Straftaten eines Tages biometrische Daten der Gesamtbevölkerung in Polizei-Karteien landen, ist nicht zu unterschätzen.

Problematisch ist außerdem die Verschlüsselung der biometrischen Daten in den Ausweisdokumenten. Sie soll die Fälschungssicherheit erhöhen. Gleichzeitig kann die AusweisinhaberIn so aber auch keinerlei Gewissheit darüber haben, was sie mit ihrem Ausweis alles preisgibt. Hier wird ein (fragwürdiges) bedingungsloses Vertrauen an die staatlichen Institutionen vorausgesetzt.

Nicht zuletzt sei die Speicherung von Rohdaten zu bemängeln. Fingerabdrücke, DNA-Analysen, etc. werden nach wie vor im Original gespeichert. Die Forderung von DatenschützerInnen, solche Informationen nur als Signaturen festzuhalten, wird ignoriert. Signaturen speichern nur die Merkmale, die zur Identifikation der Person notwendig sind. Weitere, interpretierbare Informationen, werden außen vor gelassen.

Die Polizei erhofft sich durch die Speicherung der Rohdaten spätere bessere Einsatzmöglichkeiten, wenn z.B. neue Techniken entwickelt werden. Außerdem ließe sich aus manchen Daten weiteres - z.B. zum Gesundheitsstand der Person - ermitteln. Der Drang nach immer mehr Sicherheit - im Falle der Ausweise der Sicherheit vor einer Fälschung - begründet sich in dem Glauben, durch technische Mittel ließe sich eine Sicherheit vor Straftaten herstellen. Doch das Leben besteht aus lauter Unsicherheiten; um hundertprozentige Sicherheit zu erhalten, müssten alle Eventualitäten vorausberechnet werden können. Das ist technisch kaum möglich und menschlich kaum sinnvoll. Dafür ergibt sich jedoch eine massive Einschränkung der Freiheit der Menschen.

Nicht umsonst gibt es den Ausspruch "Freiheit stirbt mit Sicherheit", der darauf hinweisen soll, dass jede Sicherheitsmaßnahme einen Verlust an Freiheit bedeutet. Im konkreten Fall der Ausweisdokumente kann das heißen: verzichten wir auf eine nicht unbedingt notwendige Sicherheit gegen Fälschungen und genießen die dadurch behaltene Freiheit!

### Fazit

Zur Finanzierung der "Terrorismusbekämpfung" stellte die Bundesregierung 2002 zusätzliche 3 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese wurden u.a. durch die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer erbracht (Tabaksteuererhöhung jeweils zum 01.01.02 und 01.01.03 um einen Cent pro Zigarette; Erhöhung der Versicherungssteuer bei Schaden-, Feuer- und Unfallversicherung jeweils um 1%). [u.a. 11]

Mit der Propaganda rund um den "11. September 2001" wurden die Ursachen des Terrorismus zugunsten der Bekämpfung seiner Symptome aus dem öffentlichen Diskussionsprozess verdrängt. Es wurden pauschal Freiheitsbeschränkungen manifestiert, die gegen "Terrorismus" kaum etwas bewirken, die Freiheit der Menschen aber stark einzuschränken befähigt sind.

Die Politik der westlichen Staaten, in diesem Falle insbesondere der USA, ist mit ziemlicher Sicherheit eine Ursache der Anschläge (einmal abgesehen von den Ungereimtheiten, die im nachhinein bekannt wurden, was Hinweise auf den Anschlag betrifft, die schon zuvor bekannt gewesen sein sollen). Nicht dass dies einfach die Tötung vieler Menschen rechtfertigen würde. Es ist aber wichtig, sich die Ursachen vor Augen zu führen.

Eine andere Quelle terroristischer Aktivitäten sind die ungerechten Verteilungen von Reichtum auf der Welt - insbesondere zwischen Industriestaaten und den sog. "Entwicklungsländern" - aber auch innerhalb von Gesellschaften zwischen "Mächtigen" und weniger Mächtigen.

Die Bekämpfung der sozialen Ursachen, also der Ungerechtigkeit in der Weltpolitik und Weltwirtschaft, könnte den "Terrorismus" stark reduzieren ohne die Freiheiten der Menschen noch stärker einschränken zu müssen. ■

### Quellen

- [1]: BMI Pressemitteilung vom 04.09.2002 (<http://www.bka.de/pressemitteilungen/2002/pm050902.html>)
- [2]: "Zweites Anti-Terror-Paket in Kraft getreten", 01.01.2002 (<http://www.bundesregierung.de/artikel,-65820/Zweites-Anti-Terror-Paket---in-K.htm>)
- [3]: Bundesinnenminister Schily zu zweitem Sicherheitspaket im ZDFMorgenmagazin vom 17. Oktober 2001 ([http://www.bmi.bund.de/dokumente/Rede/ix\\_60088.htm](http://www.bmi.bund.de/dokumente/Rede/ix_60088.htm))
- [4]: "Bundesrat stimmt Anti-Terror-Gesetz zu", Pressemitteilung vom 20. Dezember 2001 ([http://www.bundesrat.de/pr/pr299\\_01.html](http://www.bundesrat.de/pr/pr299_01.html))
- [5]: "Die Eckpunkte des zweiten Anti-Terror-Pakets", dpa-Meldung vom 14.12.2001
- [6]: dpa-Meldung vom 12.12.2001
- [7]: "Für Anti-Terror-Paket zeichnet sich große Mehrheit ab", dpa-Meldung vom 12.12.2001
- [8]: dpa-Meldung vom 30.11.2001
- [9]: dpa-Meldung vom 23.10.2001
- [10]: dpa-Meldung vom 16.10.2001
- [11]: Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums vom 03.09.02
- [12]: Niedersächsischer Landtag - 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3610; Antrag der CDU-Fraktion vom 21. August 2001 "Sicherheitspaket zur verbesserten Terrorismusbekämpfung II - Notwendigkeit eines Sicherheitspaketes III"
- [13]: Pressemitteilung Nr. 662/02 des Bayerischen Innenministeriums
- [14]: Die Welt, 11.09.02
- [15]: taz Nr. 6806 vom 22.07.2002, Seite 7
- [16]: taz Nr. 6601 vom 15.11.2001, Seite 9
- [17]: Frankfurter Rundschau vom 05.12.2001
- [18]: § 1 PersAuswG ([http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/persauswg/\\_1.html](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/persauswg/_1.html))
- [19]: "Biometrische Merkmale in Personalausweisen und Pässen", Entschließung der 63. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder vom 07.03.-08.03.2002 (<http://www.datenschutz-berlin.de/doc/de/konf/63/bio.htm> - 04.06.03)
- [20]: "Einigkeit und Recht und Sicherheit oder Mit Wilhelm von Humboldt in den 'Kampf gegen den Terror'. Beitrag zum Studierendenwettbewerb 'Sicherheit und Freiheit' in der Sparte Feature/Feuilletonext" von Kathrin Sundermeier und Judith Schewpe



Datum	Veranstaltung	Info bei
27.08.2003	18.00 Infoabend "Treibhauseffekt" im Thiembuktu	GK
30.08.2003	Treffen in Magdeburg	RH-MD
03.09.2003	18.00 Selbstorganisation im Alltag" im Thiembuktu	GK
	grünes blatt 4-03	grbl
06.09.2003	11.00 Vogelartenbestimmung am Schrottestau; Treffpunkt: Endhaltestelle der 6 in Diesdorf	GK
15.09.2003	20.00 Doku-Film "Privatisierung des Wassers"	BWA
19.09.2003	18.00 Infoabend "Ökologische Landwirtschaft" im Thiembuktu	GK
28.09.2003	20.00 Offenes Café mit Gedichten	Thiembuktu
06.-10.10.2003	Streuobst-Seminar nahe Magdeburg	NAJU
19.10.2003	18.00 "Regenwald-Indianer" (Infoabend) im Thiembuktu	GK
22.10.2003	18.00 "Öko-Aktiv in Magdeburg" - Diashow im Thiembuktu	GK
24.-26.10.2003	"Ökochenende" in Halle in Kooperation mit [solid]	NAJU
25.10.2003	Demonstration "Weg mit 129a!" in Magdeburg	RH-MD
29.10.2003	Infoabend "Entsorgung von Atom Müll" im Thiembuktu	GK
08.11.2003	11.00 Pflanzung an der "Großen Sülze"; Treffpunkt Endhaltestelle der 3 & 4 in Olvenstedt	GK
15./16.11.2003	Layout grünes blatt 4-03 im GK-Büro	grbl
20.-23.11.2003	Bundes-Ökologie-Treffen in Halle/Saale	BSÖ
06./07.12.2003	Greenkids-Zukunftswerkstatt	GK
14.12.2003	18.00 Infoabend "Verkehr" im Thiembuktu	GK
20.12.2003	Weihnachtsaktion in Magdeburg	AntiCastorMD
27.12.2003-03.01.2004	Jugendumweltkongress (JUUK) in Heidelberg	JUKB

## Adressenliste:

### AntiCastorMD

c/o BUND  
Olvenstedter Str. 10  
39108 Magdeburg  
Tel.: 01 62-860 89 49  
AntiCastorMD@gmx.de  
www.antiatom.de/magdeburg

### BI OFFENE HEIDE

Bürgerinitiative OFFENE HEIDE  
Helmut Adolf  
Vor der Teufelsküche 12  
39340 Haldensleben  
Tel.: 03 904/4 25 95  
Fax: 03 904/46 49 33

### BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:

Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91/408 290 81 (BWA)  
bzw. 400 33 67 (Thiembuktu)  
Fax: 03 91/408 290 82 (BWA)  
BlaueWeltArchiv@web.de  
http://www.bwa.black-red.de

### BUND & BUJU:

Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen-Anhalt e.V.  
Landesgeschäftsstelle  
Olvenstedter Str. 10  
39108 Magdeburg  
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)  
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)  
Fax: 03 91/54 15 270  
bzw. 5 41 52 69 (BUJU)  
bund.sachsen-anhalt@bund.net  
www.bund-sachsen-anhalt.de

### Greenkids:

Greenkids Magdeburg e.V.  
PF 32 01 19, 39040 Magdeburg  
Hausanschrift:  
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg  
Tel.: 01 62/78 68 204  
mail@greenkids.de  
www.greenkids.de

### Infoladen-MD:

Vernetzung emanzipatorischer  
Gruppen in Magdeburg  
Infotelefon: 01 62-860 89 49  
infoladen@magdeburg.gruene-blatt.de  
http://magdeburg.gruene-blatt.de

### NAJU:

Naturschutzjugend im NABU LSA  
Landesgeschäftsstelle  
Schleifufer 18a, 39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91/54 37 37 5  
Fax: 03 91/56 19 349  
mail@naju-lsa.de  
www.naju-lsa.de

### ÖZIM:

Öko-Zentrum und -Institut  
Magdeburg e.V.  
Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg  
Tel.: 03 91/7 31 59-80  
Fax: 03 91/7 31 59-82  
oezim@t-online.de  
www.oezim.hera.de

### Löwenzahn:

Löwenzahn e.V.  
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg  
Tel.: 01 62-860 89 49  
mail@projekthaus-loewenzahn.org  
http://projekthaus-loewenzahn.org

## Regelmäßige Termine

Mahnwache gegen den Krieg:  
montags, 17<sup>00</sup>, Ecke Ernst-  
Reuter-Allee/Breiter Weg  
[Friedensbewegung MD]

### ATTAC-Plenum:

2. Montag im Monat, 19<sup>30</sup>,  
eineWelt-Haus, Schellingstr.  
[ATTAC]

Vernetzungstreffen emanzipa-  
torischer Gruppen MDs:  
3. Dienstag im geraden Monat,  
17<sup>00</sup>, eineWelt-Haus  
[Infoladen-MD]

Unabh. Sozialhilfeberatung:  
dienstags, 9<sup>00</sup> bis 13<sup>00</sup>,  
Thiembuktu  
[bedarfsgerecht]

Blaue Welt Archiv (BWA):  
mittwochs, 17<sup>00</sup> bis 19<sup>00</sup>  
[BWA]

Treffen Uni-Friedensgruppe:  
mittwochs, 16<sup>30</sup>, Lattéda,  
Erzbergstr.  
[Uni-Friedensgruppe]

Café im Thiembuktu:  
mittwochs und sonntags, 20<sup>00</sup>  
[Thiembuktu]

FoodCoop  
donnerstags 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>, ÖZIM  
[FoodCoop]

Friedensini Magdeburg:  
1. Donnerstag im Monat, 19<sup>00</sup>,  
Büro  
BUND-Seminarraum  
[Frieden jetzt!]

[solid]-Infostand  
Donnerstag nach dem 1.  
Freitag im Monat, 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> in  
der Innenstadt  
[solid]

vegan/vegetarische Vokü:  
freitags, 18<sup>00</sup>, Thiembuktu  
[USK]

Greenkids-Treffen:  
1. Freitag im Monat, 18<sup>00</sup>,  
Büro  
[Greenkids]

[solid]-Treffen:  
1. & 3. Freitag im Monat,  
20<sup>00</sup>, Ebendorfer Str. 4  
[solid]

Löwenzahn-Treffen:  
3. Freitag im Monat, 18<sup>00</sup>,  
Thiembuktu  
[Löwenzahn]



## Hier wird noch selbst gestaltet- Projektwerkstattgründung in Dresden

**jos** Im Frühjahr 2003 entstand in Dresden eine neue Projektwerkstatt namens Spener21. Eine Projektwerkstatt ist eine Plattform für verbands- und parteiunabhängige Projekte im Jugend-, Umwelt- und Sozialbereich. In Dresden ist die Werkstatt hervorgegangen aus dem umweltpolitischen Engagement einer Gruppe von jungen Menschen, die sich als "Umweltzer" Gedanken gemacht haben, was man in Dresden denn so alles gemeinsam anstellen kann. Neben der umweltpolitischen Arbeit und der Ausrichtung eines Jugendumweltkongresses gründeten sie ein Wohnprojekt. Damit ist der Zusammenarbeit dann auch das Zusammenleben gefolgt (und die Gründung des Vereins Zusammen e.V.).

Dort in Dresden Striesen haben im Frühjahr dieses Jahres Menschen im Rahmen der "Stadtbaumeisterschaften" ungenutzte Räumlichkeiten im Nebengebäude des Wohnprojekts zu einer wohnlichen Projektwerkstatt verwandelt. Eine Woche lang haben sie dort mit vielen Menschen gewerkelt, gestrichen und gehämmert und das Resultat kann sich sehen lassen. Die Projektwerkstatt soll in erster Linie Raum und Möglichkeiten bieten, das Leben vor Ort anspruchsvoller, bunter, nachdenklicher und angenehmer zu machen. Es wurden offene Räume geschaffen, in denen alle gleichberechtigt an der Gestaltung des Rahmens, der Angebote und des Programms beteiligt sind.

Zum Sommer hin hat sich nun schon ein wöchentliches Programm gefunden mit einem Umsonstladen, einer Fahrradselbsthilfewerkstatt, einem philosophischen Nachtcafé und einer wöchentlichen Volkküche. An dem offenen "Büro" mit notwendiger Infrastruktur zum Planen, Treffen und Kommunizieren (z.B. Radio machen) und der Café-Einrichtung mit vielen kulturellen Möglichkeiten (Lesungen, Kinovorstellungen, Kleinkunst) wird weiter geplant und gearbeitet. Weitere Infos unter [www.spener21.de](http://www.spener21.de)

